

Neuer Vorwärts

Nr. 32 SONNTAG, 21. Januar 1934

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die deutsche Arbeitslosigkeit wächst.

Aus den Todeszellen des Hitlerregimes.

Die Lehren von 1918.

Holland in Erregung

Wo sitzen die Hochverräter?

Reichsgericht gegen »Neuen Vorwärts«

Das Reichsgericht hat einen tschechoslowakischen Staatsbürger, der auf deutschem Boden einige Exemplare unseres Blattes verbreitet hatte, zu der ungeheuerlichen Strafe von zwei Jahren Gefängnis

verurteilt. Ueber den Verlauf des Prozesses berichtet ein offizielles Nachrichtenbüro das folgende:

Der Vorsitzende betonte in seiner Urteilsbegründung, daß sich nun auch die SPD durch ihre im Ausland betriebene Greuelhetze in die Front der staatsfeindlichen marxistischen Parteien eingereiht habe mit dem Ziel des gewaltsamen Umsturzes der Regierung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten habe der frühere legale Kurs der Partei eine völlige Aenderung erfahren und sei nun zur unverhüllten Illegalität übergegangen. Die Parteiloyalität habe sich, wie sich aus ihren Kampfschriften ergebe, auf neue revo-

lutionäre Methoden eingestellt und versucht nun, durch hochverräterische Umtriebe von jenseits der Reichsgrenzen, insbesondere durch Greuelpropaganda, das Ansehen des Deutschen Reiches und die Autorität seiner Regierung zu schädigen.

Das Reichsgericht hat sich begreiflicherweise nicht die Mühe genommen zu untersuchen, was auf dem Wege der Sozialdemokratie von der Legalität in die Illegalität alles gelegen hat; wie z. B. ein Reichstagsbrand, an dem die Hitlerregierung lügnerscherweise der Sozialdemokratie die Mitschuld gab, um ihre Presse zu unterdrücken, dann ein Staatsstreich mit Entmachtung des Reichspräsidenten und töckischem Ueberfall auf ehemalige Bundesgenossen, die grausame Mißhandlung Tausender, die Ermordung vieler hunderte aufrechter und tadelloser Männer, die Konzentrationslager, die Folterkammern der SA und der SS, die Unterdrückung jeder geistigen Freiheit, zuletzt, nicht zu mindest die schamloseste Entwürdigung der Rechtspflege,

die jemals in einem als zivilisiert geltenden Lande vorgekommen ist.

Das Reichsgericht mag es für seine Aufgabe halten, eine Legalität zu schützen, die von ihm freigesprochene Angeklagte nicht etwa in Freiheit setzt, sondern sie der Willkür ihrer politischen Todfeinde ausliefern. Das Reichsgericht mag eine Legalität schützen, die das arbeitende Volk wehrlos der Peinigung durch seine angeblichen Gesetzgeber ausliefern und die solche Monstren produziert wie das neueste sogenannte „Arbeitsrecht“. Wir kennen gegenüber einer solchen „Legalität“ kein anderes Verlangen, als gegen sie zu kämpfen bis zu ihrer Vernichtung. Die unerschrockenen, opferbereiten Männer und Frauen aber, die im Innern Deutschlands den Kampf gegen diese reichsgerichtlich geschützte Legalität führen, sie sind die wahren Vorkämpfer des Rechts, sie stehen turmhoch über ihren Richtern. Der Tag wird kommen, an dem das deutsche Volk diese Männer und Frauen als die wahren Helden seiner Geschichte ehren wird.

Wo wird das Reichsgericht dann sein?

Herren und Knechte Gesindeordnung für die Arbeiterschaft

„Man verkennt uns vollkommen, wenn man glaubt, wir sehen unsere Aufgabe darin, die Geldschranktruppe irgendeiner Kapitalmacht zu sein. Es war eine Revolution nicht nur gegen den Marxismus, sondern eine Revolution auch gegen die Reaktion. Es war eine sozialistische Revolution.“

So sprach Göbbels am vergangenen Sonntag im Lustgarten in Berlin zu den Arbeitern, die der Reichsregierung auf Befehl ihren „Dank“ für das Gesetz der Arbeit aussprechen sollten. Diese Rede auf dieses Gesetz — das ist die schauerlichste Lüge, die das Hitlerregime jemals gezeitigt hat! Das Gesetz verwirklicht die kühnsten Träume der wildesten Scharfmacher aus dem Unternehmerlager. Und trotzdem, „sozialistische Revolution“, trotzdem keine „Geldschranktruppe irgend einer Kapitalmacht?“ Wie groß muß die Furcht des Regimes vor diesem auf Befehl des Unternehmertums vollzogenen Gesetz sein, wenn Göbbels wiederum „das sozialistische Pferd aus dem Stall“ zieht? Es ist das reaktionärste Gesetz, das seit hundert Jahren gegen die Arbeiterklasse erlassen worden ist — aber es ist geboren aus der Furcht vor der Arbeiterschaft, die sich eines Tages wieder auf ihre Kraft besinnen könnte!

Die letzten Reste des Koalitionsrechts und der Koalitionsfreiheit sind zu Boden getrampelt. Jedes Recht zur Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und der Lohnhöhe ist zerbrochen. An die Stelle der Tariftreten Werkslöhne, an die Stelle der Betriebsräte Vertrauensmänner, die von den Unternehmern in Gemeinschaft mit den braunen Parteifunktionären ernannt werden. Es gibt keine „freien Arbeiter“ mehr in Deutschland. Der Unternehmer ist allmächtig, als „Führer“ des Betriebes entscheidet er über das Los seiner „Gefolgschaft“. Es heißt künftig in der deutschen Industrie nicht mehr Unternehmer und Arbeiter, nicht mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern Herren und Knechte. Das neue Gesetz ist die Uebertragung der Gesindeordnung auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Dafür haben sich die Berliner Arbeiter schon am vergangenen Sonntag, als sie ihre Knechtung noch nicht kannten, auf Befehl bei dem gnädigen Herrn Hitler bedanken müssen!

Die Arbeiter sind zu einer Klasse von Unfreien geworden. Wie in den Zeiten des Frühkapitalismus sind sie der Willkür des Herrn im Betrieb unterworfen. Er kann Geldstrafen über sie verhängen, wenn sie gegen die „soziale Ehre“ verstoßen, will sagen, wenn sie dem aufgezwungenen Regiment nicht gehorchen. Jede Verbindung zu gemeinsamer Verteidigung ihrer Interessen ist untersagt. Streik ist verboten. Jede Auflehnung ist unmöglich und zieht das Einschreiten des Staates zugunsten des Herrn im Betrieb nach sich. Es fehlt nur noch, daß der Arbeiter, der davonläuft, vom Polizisten in den Betrieb zurückgeführt wird!

In den Zeiten, in denen die ersten Ansätze zu einer Verbindung und Verbrüderung der Industriearbeiter in Deutschland sich zeigten, im Vormärz des Jahres 1848, waren die Arbeiter nicht geknechteter als heute, sie fühlten vielmehr die Vorwehen des ersten Kampfes um die Freiheit — in Deutschland. Heute hält die faschistische Diktatur die Arbeiter unter eiserner Ferse!

Diese Knechtung erfolgt im Namen Hitlers, des Mannes, der einst ein Arbeiter war, und der heute hundert Jahre Kampf

Die Statistik des Todes

Aus den Todeszellen der deutschen Blutjustiz

Hitler hat Wort gehalten. Was er 1931 als Zeuge im Leipziger Reichswehrprozeß angekündigt hat, ist mit mathematischer Genauigkeit eingetroffen. Köpfe rollen, unzählige Köpfe! Die Mordbestie rast durch Deutschland. Was ihr nicht zum Opfer fällt, das holt sich der Henker auf sogenannte legale Weise aus den Händen der Nazis — Blutgerichte! Sein Geschäft blüht! So sehr, daß der Scharfrichter Gröpler aus Magdeburg wegen Ueberanstrengung sein Amt niederlegen mußte. Sein Nachfolger, der Roßschlächter Bollmann hat stärkere Nerven.

Die Todesurteile jagen sich im Dritten Reich. Nur keine falsche Sentimentalität! Immer feste druff! Durchschnittlich alle fünf Tage wirft man der begehrtesten Menge einen Kopf hin. Einen, der regulär zum Tod verurteilt wurde. Dazwischen knallt man in eigener Regie der SA. noch einige ab. Sie bilden die Armee der „auf der Flucht“ Erschossenen.

67 Todesurteile, rein politische Todesurteile wurden bis jetzt im Dritten Reich von den Gerichten gefällt, 26 davon schon vollstreckt. 41 Menschen warten täglich auf die Hinrichtung. Blutige Arbeit haben die deutschen Gerichte geleistet! Zusammen mit den rein kriminellen Todesurteilen (47) überantworteten sie 104 Menschen dem Scharfrichter. Bei 53 entledigte er sich bereits seiner Arbeit!

Die Monate November und Dezember waren besonders „ertragreich“. Neben tausenden von Jahren Zuchthaus und Gefängnis, die in 60 politischen Prozessen verhängt wurden, wurden nicht weniger als 26 Todesurteile ausgesprochen. Daneben gibt es aber noch eine ganze Reihe im Wege der Lynchjustiz aus dem Leben in den Tod Beförderter. So zum Beispiel den am 9. Dezember in Hamm von der Polizei erschossenen Arbeiter Hans Malter, den am 15. November in Berlin von der SA. verschleppten und ermordeten Schauspieler Hans Otto den am 11. Dezember in Breslau

vom SA-Sturm 33 getöteten Arbeiter Wilhelm Laxa, den am 16. Dezember nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Sonnenburg erschossenen Arbeiter Behnke, Vater von fünf Kindern und den am 12. Januar „auf der Flucht erschossenen“ Ludwig Papenheim (Konzentrationslager Börgermoor bei Papenburg).

Nachdem bereits vorher die Köpfe des Arbeiters Schriever, der Altonaer Kommunisten Lüttgens, Müller, Wolff, Tesch und Volk und des Breslauer Arbeiters Kurt Gerber unter dem Bell des Henkers gefallen waren, wurden am 30. November in Köln die Arbeiter Hermann Hamacher, Otto Wäser, Bernhard Willms, Heinrich Horsch, Josef Moritz und Josef Engel hingerichtet. Es folgten die Hinrichtungen von Lubbe am 10. Januar und dem Arbeiter Ernst Lindau in Hamburg, der am 30. Dezember seinen Urteilsspruch gehört hatte.

Die letzten Todesurteile wurden am 28. November in Dessau gegen 13 Arbeiter aus dem sogen. Heckinger Prozeß gefällt, gegen die Arbeiter Pasparik, Uhe, May, Tallager, Hugo Gast, Richard Küchmann, Fritz Scheinhardt, Herbert Scharge, Otto Speckmann, Karl Zellmer, Otto Thalmann und den bei der Bestätigung des Urteils durch das Reichsgericht am 18. Dezember außerdem verurteilten Lukat. Ferner am 11. Dezember in Dortmund gegen Stefan Kartun, der im Jahre 1930 bei einem politischen Zusammenstoß einen SS-Führer tödlich verletzt haben soll, am 21. Dezember in Dortmund gegen den Arbeiter Kaptur, am 23. Dezember in Hamburg gegen Sander, der ebenfalls im Jahre 1930 einen Polizeiwachmeister getötet haben soll, und am 30. Dezember in Kottbus gegen Pischon.

Diese Urteile sind bis jetzt noch nicht vollstreckt worden, ebenso nicht die folgenden Todesurteile:

Am 23. Mai gegen F. Bartl und Winkler in Chemnitz, am 7. Juli gegen Stedemann und Lange in Königsberg, am 13. Juli gegen Karl Hans, Otto Thalmann Jun. und Bieser in Dessau, am 23. Juli gegen

Tölz und Sosodry in Berlin, am 29. Juli gegen Trampmann in Hamburg, am 7. September gegen Arnstedt, Masgan, Tibulski, Eggert, Bohlens, Herr, Kupers, und Schmidt in Düsseldorf, am 16. September gegen den Reichsbannermann Fick in Lübeck, am 21. September gegen Schidzik in Hagen, am 5. Oktober gegen Reitingen in Frankfurt, am 9. Oktober gegen Rochow und Wolthe in Berlin und am 19. Oktober gegen Marquard und Berg in Chemnitz.

67 politische Todesurteile, 26 Hinrichtungen bis heute! Alles grauenvolle Justizmorde, begangen von den Gerichten des Dritten Reiches auf Befehl seiner Machthaber.

Pappenheim

„Auf der Flucht erschossen“

In einer kurzen Notiz berichteten die Tageszeitungen, daß der frühere Redakteur der sozialdemokratischen „Volkstimme“ in Schmalkalden, Pappenheim, bei einem Fluchtversuch aus dem Lager Börgermoor erschossen worden sei. Mit der Ermordung wehrloser Gefangener macht man heute nicht mehr viel Aufhebens, sie gehört zu den ständigen Gepflogenheiten des Dritten Reichs. Niemand wirft die Frage auf, mit welchem Recht Menschen erschossen werden, die sich einer willkürlich über sie verhängten Gefangenschaft durch die Flucht zu entziehen versuchen. Man weiß ja überdies auch, daß der sogenannte „Fluchtversuch“ nichts als eine Redensart ist, die gebraucht wird, um einen verübten Mord nicht geradezu eingestehen zu müssen.

Der erschossene Genosse Pappenheim war einer der reinsten Idealisten die je einer politischen Bewegung gedient haben. Im engen Wirkungskreis, im Stillen zu arbeiten, alles für die Sache zu tun und nichts für sich zu verlangen, war seine Art. Eine Augenschwäche, die sich in den letzten Jahren immer stärker bemerkbar machte, hatte ihn in einen fast rührend wirkenden Zustand körperlicher Hilflosigkeit versetzt. Trotzdem hat man den Hilflosen „auf der Flucht erschossen“ — kraft jener Art von „Legalität“, die das Reichsgericht in Leipzig gegen uns verteidigt.

Die Opfer mehren sich und mit ihnen wächst unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie nicht vergebens gebracht seien!

der deutschen Arbeiterschaft um Freiheit und Gleichberechtigung ausstreicht, weil er und seine eigenen Herren die Klassenkräfte der Arbeiterschaft fürchten! Hitler hat dieses Gesetz diktiert — aber es ist der Geist Hugenburgs, der dabei die Feder geführt hat! Es ist der Geist der Werksverbände, der gelben Organisationen, der sozialreaktionären Tendenzen im Stahlhelm. Soweit wollte vor dem Raub der Gewerkschaften nicht einmal der Staatssekretär Grauert, der ehemalige Syndikus der Arbeitgeber, gehen! Und nicht einmal mehr gelbe Werksverbände werden geduldet!

Einst haben sich die Arbeiter zusammengeschlossen, um der Unternehmerrmacht entgegenzutreten zu können, weil Einigkeit stark und frei macht. Heute sind ihre Verbindungen auseinander geschlagen, sie selbst sind vereinzelt. Die Klassenmacht des Unternehmertums will durch Hitler den Klassenkampf der Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus entscheidend schwächen. Die Trennung der Arbeiter der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige von einander, die Zerstörung jeder Verbindung zwischen den Arbeitern verschiedener Betriebe soll der Zerstörung eines einheitlichen Klassenbewußtseins dienen. Der Organisation des Proletariats durch die kapitalistische Wirtschaft selbst soll durch den Raub der letzten Freiheiten entgegengewirkt werden!

Das ist ein Akt des unerbittlichen Klassenkampfes von oben gegen die Arbeiterschaft. Er zeigt die Furcht des Regimes und der Unternehmer davor, daß die brutale Tatsache des Klassenkampfes von oben mit Notwendigkeit Massenkräfte der Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen wecken muß! Aber selbst die Unterwerfung der Arbeiter unter die Gesindeordnung, die Vollendung des Industriefeudalismus wird nicht verhindern, daß im Betriebe das Herrtum des Unternehmers und die Unfreiheit der Arbeiter die Klassengegensätze verschärfen, und daß aus der Verschärfung Kampfwille der Unterdrückten entspringt!

Einst haben sich die Arbeiter über die Betriebe hinaus verbrüderd, um gemeinschaftlich ihre Klasseninteressen zu vertreten. Der Kampf um das Koalitionsrecht war ein Kampf um Freiheit. Heute hält das Regime mit mittelalterlichen Gesetzen jeden Verbrüderungsversuch, jeden Koalitionsversuch nieder. Aber die Tatsache des Klassenkampfes läßt sich nicht niederhalten! Je stärker der Druck, je künstlicher berechnet die Schwächungsmethoden gegen die Arbeiterklasse, um so allgemeiner wird einst ihr Kampf und das Ziel des Kampfes sein!

Hinter dem Koalitionsrecht fürchtet der Industriefeudalismus gemeinsam mit Hitler den Kampf um die politische Befreiung. Ihre aus Angst geborenen Unterdrückungsmaßnahmen hämmern der Arbeiterschaft ein, daß sie sich über alle Betriebe und Wirtschaftszweige hinaus zusammenschließen muß zu einer einheitlichen Klassenfront, zu dem gemeinsamen Willen, den Kampf um die Freiheit zu führen, um zugleich mit der Hitlerdiktatur und dem Industriefeudalismus das kapitalistische System zum Teufel zu jagen!

Wachsende Spannungen

Saar, Oesterreich, Abrüstung

Die Hitlerregierung hat eine Einladung, an der Sitzung des Völkerbunds teilzunehmen und an den Beschlüssen über die Saarabstimmung mitzuwirken, abgelehnt. Sie mag in dieser Einladung, zumal sie von Frankreich ausgegangen war, der ihr eigenen Geistesart entsprechend, „eine Falle“ erblickt haben. Und in der Tat hätte es ein wenig komisch gewirkt, wenn die Hitlerregierung, nachdem sie im Oktober v. J. den Völkerbund mit lautem Krach verlassen hat, jetzt wieder an seinen Arbeiten, als ob nichts geschehen wäre, teilnehmen wollte. Auf der anderen Seite aber hat die Einladung und ihre Ablehnung den Denkfähigen noch einmal klargemacht, daß die deutsche Regierung durch ihren Austritt aus dem Völkerbund wichtige deutsche Rechte ohne Not preisgegeben hat.

Die Hitlerregierung hält von der Geltendmachung solcher Rechte nichts, sie verläßt sich lieber auf die Taktik der Einschüchterung, die sie nach allen Seiten hin, besonders aber jetzt gegen Oesterreich zu üben bemüht ist. Niemanden wird man einreden können, daß

Vom kirchlichen Kriegsschauplatz

Kundgebungen der Altgläubigen — Niemöllers Rebellion

Der Pfarrernotbund hat auf des Reichsbischofs Verordnung, die mit Aushungerung androht, mit Kundgebungen geantwortet. Die Polizei verbot verschiedene Versammlungen, sperrte einige Kirchen, worauf Zehntausende in andere wanderten. Dr. Niemöller, der Führer des Pfarrernotbundes, sauste mit Motorrad von Kirche zu Kirche, um zu den Angeammelten zu sprechen.

Dieses Bild muß man sich ausmalen, um eine Vorstellung von den Formen zu haben, in denen sich der Religionswürger Hitlerdeutschlands austobt.

Niemöller war im November v. J. schon einmal suspendiert, die Sache mußte aber rasch wieder rückgängig gemacht werden, denn Niemöller ist nicht der erste Beste. Damals schrieb die Kreuzzeitung:

„Wer ist dieser Pfarrer Niemöller? Er ist als aktiver Marineoffizier in den Krieg gezogen. Er hat unter drei U-Boots-Kommandanten seinen schweren und selbstverleugnenden Dienst für das Vaterland getan, bis er schließlich selbst U-Boots-Kommandant wurde. Er hat die Marine verlassen, weil er sein U-Boot nicht an die Engländer ausliefern konnte. Er hat dann im Kampf gegen die französische Ruhrbesatzung gestanden. Und dann ist er Theologe und schließlich Pfarrer in Dahlem geworden... Es ist schwer erträglich, wenn ein solcher Mann in seinem reformatorischen Glauben und seiner deutsch-lutherischen Gebundenheit gerichtet werden soll von jungen Herren, die vor dem Feinde keinen Pulverdampferochen haben.“

Wohlgemerkt, dieser Oppositionsführer im Talar hat sich, wie die meisten seiner Kollegen, politisch durchaus auf den Boden des Dritten Reichs gestellt. Dem staatsmännischen Genie der braunen Oberbonzen bleibt der Ruhm, diese Stützen autokratischer Staatsauffassung mit dem Rassenmumpitz in verbissene Opposition gejazt zu haben.

Ein Teil der Nazipresse verlangt die Auflösung des Pfarrernotbundes. In der völkischen Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ (Hamburg) schätzt Wilhelm Stapel im ersten Januarheft

die Mitglieder des aufständigen Bundes auf 7000 bis 8000 Pfarrer und schreibt:

„Der Pfarrernotbund ist soziologisch das interessanteste Gebilde unserer Tage, weil sich hier zum erstenmal eine wirksame Form der Obstruktion gezeigt hat... Es ist damit zugleich eine politische Macht entstanden, die vom Kirchenregiment (nicht vom Gläubigen) „respektiert“ werden muß. Zunächst ist die Macht negativ: Abwehr. Sie kann jeden Tag positiv werden: Angriff. Dann würde sie alle Merkmale einer Verschwörung aufweisen. Nach dem Modell des Pfarrernotbundes könnte man einen Professorennotbund, einen Juristennotbund, einen Lehrernotbund usw. schaffen... Ein nationalsozialistischer Staat prüft jede entstehende Macht, ob sie Freund oder Feind sei. Als Antwort nimmt er nicht die Loyalitätsbetonung, sondern die tatsächliche Wirksamkeit.“

Und diese Wirksamkeit gleicht immermehr dem Angriff, aber die braune Bonzerie scheint sich doch nicht stark genug zu fühlen, diesen Pfarrernotbund aufzulösen. Dafür handeln Provinzinstanzen auf eigene Faust und schleppen jede Woche einige Pfarrer, protestantische wie katholische, in Konzentrationslager.

„Neue Götterbilder her!“

Inzwischen geht die Agitation der Wotanschristen namentlich in Norddeutschland verstärkt weiter. Anfang Dezember fand eine „Kieler Herbstwoche für Kultur und Politik“ statt. Die Veranstalter gaben ein Heft heraus mit Aufsätzen, Bildern, Wotansentzen. In einem dieser Aufsätze hieß es:

„Wir hatten Ludwig Klages... gebeten, im Laufe unserer Herbstwoche über den Unterschied zwischen christlicher Geistesreligion und heidnischer naturgläubiger Weltanschauung zu sprechen... Weil wir ahnen, daß diese nationalsozialistische Revolution erst dann für das vergreiste alte Europa und die abendländische Zivilisation eigentlich gefährlich und schöpferisch werden wird, wenn der einst die Glaubenskraft des politischen Kampfes unserer Tage auch neue Götterbilder, neue Altäre und neue Heiligtümer schafft... Ludwig Klages,

Hitler dem Unfug, den seine Leute in Oesterreich treiben, nicht Einhalt zu gebieten vermöchte, wenn er wollte. Wenn die Hakenkreuzfeuer wieder brennen, die Böller wieder krachen und mitunter mehr oder weniger gutgezielte Schüsse dazwischen knallen, so geschieht das nur, weil die Regierung in Berlin das so will und so anordnet.

Schließlich ist es mit ihrer Haltung in der Rüstungsfrage auch nicht anders. Sie hat eine mögliche, ihm angebotene Verständigung mutwillig zerschlagen, um eine Politik der Demonstration und der Herausforderung zu treiben.

Also Papierböllerpolitik nach allen Seiten. Presse und Rundfunk bestätigen dem wildgewordenen deutschen Spießbürger täglich den triumphalen Erfolg dieser Politik, und auch die letzte Rede Paul-Boncour's im Pariser Senat macht ihn nicht nachdenklich. Er merkt nicht, daß in dem Augenblick, in dem der Konflikt mit Frankreich akut wird, trotz allen Schwankungen und Bedenken der Vorbereitungszeit fast die ganze Welt abermals bei Frankreich und gegen Deutschland stehen wird.

Diese Spannungen verschärfen sich. Schon die nächsten Wochen können Ereignisse von großer Tragweite bringen!

Verhaftungen in Riga

Aus Riga wird uns gemeldet: Die Verhaftung von sechs Deutschbalten, die beschuldigt werden, einer nationalsozialistischen Geheimorganisation anzugehören, hat die verborgenen Zusammenhänge der nationalsozialistischen Propaganda in Lettland aufgedeckt. Wie die Polizei mitteilt, besteht seit längerer Zeit in Lettland

eine weitverzweigte illegale Organisation, die von reichsdeutscher Seite finanziert und instruiert wird.

Die Arbeit dieser Geheimzelle trug einen ausgesprochen konspirativen Charakter und

wurde von Deutschbalten lettlandischer Staatsangehörigkeit nach den Instruktionen, die aus dem Königsberger „Horst-Wessel-Haus“ kamen, geleitet.

Sämtliche Schüler dieser „Führerschule“ lebten in Deutschland unter falschem Namen und mit ihnen zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten gefälschten Dokumenten. Es ist mit peinlicher Vorsicht vermieden worden, die Namen der so engagierten Deutschbalten sogar in Deutschland bekannt werden zu lassen.

Folgende Personen wurden in Haft genommen: Dittmar Treu (der die Rolle des Führers spielte), Alfred Silbert, Paul Kiever, Edgar Juditzky, Harald Busch und Axel Kreuzer. Nach den Vernehmungen wurden Dittmar Treu und Alfred Silbert in Haft behalten.

Antifaschismus in USA

In den Vereinigten Staaten ist es zu verschiedenen großen Demonstrationen vor den deutschen Konsulaten in Boston, New York und anderen Städten gekommen. Die New Yorker Polizei hat die Demonstranten erst eine ganze Weile gewähren lassen, ehe sie etwas unternahm, um sie zu vertreiben.

Als Antwort auf den „Deutschen Tag“ in New York — der nach Hitlers freundschaftlichen Berichten von insgesamt 15.000 Menschen besucht war — die, nebenbei bemerkt, in einer großen Ecke des Madison Square Garden Platz finden — und dabei waren auch Gegner und „fremdstämmige“ Neugierige reichlich vertreten — ist eine Protestversammlung gegen Boten des Luthers abgehalten worden, bei der 20.000 Menschen erschienen sind. Bernhard Deutsch, einer der führenden und sehr angesehenen Juden in New York, hat Herrn Luther in öffentlicher Rede aufgefordert, doch die Zeitungen und Personen zu verklagen, die hier angeblich unwahre und Greuelnachrichten über Deutschland verbreiten, aber er wartet heute noch auf Antwort! Die Evening Post erzählt, daß der Rede von Luther von Amts wegen so viele Polizisten und Geheimpolizisten beigezogen haben, daß die Polizisten erzählten, Luther habe zur Polizeischule gesprochen.

der Niedersache, verdammt den christlichen Gott und den christlichen „Götzentum um das Nichts“, er kehrte zu seinen Ahnen zurück und er pries den ehrwürdigen Promsinn und den lebendigen Seelenglauben einer naturgläubigen Menschheit. Das Christentum wurde aus dem jüdischen Rassencharakter des Ressentiments, der Lebensraube der „Schlechtweggekommenen“, erklärt.“

Es handelt sich bei diesen heidnisch-barbarischen Bestrebungen nicht um kleine Sekten, sondern hinter diesem „germanischen Blut- und Schwertglauben“ marschieren beträchtliche Teile des braunen Bonzentums und ihrer Anhänger. Generalissimus Röhm hat sich kürzlich erst in einem Gespräch mit dem Prinzen Hohenlohe für ein baldiges Ende des Christentums ausgesprochen. Der ganze Christusmythos ist diesen Kriegsknechten zu menschlich, zu pazifistisch, zu unblutig...

Papen weiß von nichts!

Der Kuriosität wegen sei vermerkt, daß es den Vizekanzler Papen noch gibt und daß er in einem Vortrag in Berlin versucht hat, seine und Hitlers Katholikenseele zu retten. Vom Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe gegen die Naziauswüchse rückte er zwar pflichtschuldigst ab, aber „die vier Grundirrtümer des Nationalsozialismus“ — Rassenhaß, radikaler Antisemitismus, extremes Nationalitätenprinzip und nationalkirchliche Bestrebungen — müsse auch er als Katholik verurteilen. Und nun kommt das Salto, wegen dem er vom großen Adolf auf Podium geschickt wurde:

„Die Doktrin des Nationalsozialismus werde ausschließlich von Hitler bestimmt und ihm, Papen, sei nichts bekannt, was es rechtfertigen würde, einen der genannten Irrtümer dem Nationalsozialismus zur Last zu legen.“

Ihm ist nicht bekannt, daß Hitler in seinem Memoirenschmarrn den Rassenhaß, den dümmsten Antisemitismus und allgermanischen Nationalismus predigt! Ihm ist von alledem auch aus den zahlreichen Hetzreden und Schriften der übrigen braunen Palladine „nichts bekannt!“ Judenvertreibung und Judenboykott sind Erfindungen des Marxismus. Ein beneidenswertes Gemüt, dieser Harlekin des Dritten Reiches!

In der Times steht ein Aufruf, in dem Hilfe für deutsche Emigrantenkinder verlangt wird und er ist von sehr respektablen Namen aller Religionen unterzeichnet worden. Die Sprache ist sehr deutlich.

Dem haut man in die Fresse...

In der Zeitung „Der Stürmer“, dem Blatte des berühmten Julius Streicher in Nürnberg, liest man:

„Es ist kaum zu begreifen, daß es heute noch sogenannte Deutsche gibt, die sich um die Judenbagage Sorge machen. Ein „deutscher“ Zeitgenosse meint: es gibt doch auch recht brave Juden! Man muß eben schauen, was einer für ein Kerl ist! Man darf nicht die ganze Konfession in Bausch und Bogen verurteilen! Einem Menschen, der so spricht, dem haut man zunächst für die Phrase von der Konfession eine tüchtige Fresse! Denn dieser Fürsprecher ist ein bewußter Lump. Er weiß sehr genau, daß die Juden selbst den Schwindel mit der Konfession längst fallen gelassen haben. Daß sie sich selbst als eine zusammengehörige internationale Bande bekennen. Und wenn der Judenfreund dann einwendet, daß es doch tapfere Juden im Weltkrieg gegeben habe, die sich sogar Auszeichnungen erworben hätten, dann weist man ihn darauf hin, daß das Mischlinge im zweiten oder dritten Glied waren, die sich eben opfern mußten im Interesse Alljudas!“

Wucher an Gefangenen

Den politischen Gefangenen in Breslau war zu Weihnachten der Empfang von Paketen verboten worden. Nicht verboten war die Zusendung von Bargeld. Man wollte nämlich die Gefangenen zwingen, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Gefängnis zu kaufen. Dort ist alles erschäuflich. Allerdings zu Preisen, die 50 und 100 Prozent höher sind als im freien Handel.

Der Fall Stavisky

V. Sch., Paris, 14. Januar.

Die Affäre Stavisky hat begrifflicher Weise in der französischen öffentlichen Meinung eine ungleich tiefere Erregung erzeugt als alle ähnlichen Skandale der letzten Jahre, in denen Politik und Geschäft vermischt gewesen sind. Wodurch sich dieser neue Fall besonders auszeichnet, das ist nicht nur die horrenden Summe von 300 bis 500 Millionen Franken — genaue Ziffern sind noch nicht festgestellt —, sondern die der Betrüger durchgebracht hat, sondern vor allem die Tatsache, daß es sich um einen mehrfach vorbestraften Mann handelte, gegen den seit Jahren ein ähnliches Strafverfahren bereits schwebte. Mit Hilfe von ärztlichen Attesten und allerhand Schleichwegen, die nur durchgehen konnten, weil sie von Justizorganen gedeckt worden sein müssen, gelang es ihm, den Termin nicht weniger als neunzehn Mal vertagen zu lassen. Dabei ist mittlerweile ein entscheidendes Belastungsstück, ein gefälschter Scheck, aus den Akten verschwunden. Aus verschiedenen Spielkasinos wegen Falschspiels ausgeschlossen, gelang es ihm, durch eine besondere Empfehlung der Staatspolizei, eine Eintrittskarte für alle Spielsäle wieder zu erlangen, wobei er abwechselnd in einer Nacht eine Million gewann und zwei wieder verlor. Die Staatspolizei hatte ihm ausgerechnet nach seiner Entlassung aus 18-monatiger Untersuchungshaft einen Ausweis als Vigilanten ausgehändigt!

Nur so konnte der Mann, der mehrere einflussreiche Abgeordnete als Verteidiger

benutzte, seine betrügerischen Operationen mit städtischen Pfandleihen von Orleans nach Bayonne verlegen, nur auf einer noch größeren Basis, wobei Empfehlungen an Ministerien bewirkten, daß von ihm gefälschte Schatzscheine in Höhe von Hunderten von Millionen von privaten Versicherungsgesellschaften als Anlagezettel gezeichnet wurden.

Für die reaktionären und faschistischen Kreise in Frankreich schien zunächst der Fall Stavisky ein Himmelsgeschenk zu sein. Da die offenkundig kompromittierten Parlamentarier und die scheinbar belasteten Minister sämtlich Mitglieder der regierenden Radikalen Partei sind, war es nur allzu leicht, die ohnedies durch die anhaltende Wirtschaftskrise nervös gewordene öffentliche Meinung Frankreichs gegen die Regierung und sogar gegen das republikanisch-parlamentarische Regime aufzuputschen. In dessen ist dieser Versuch, obwohl mit den rückwärtsgerichtetsten Mitteln unternommen, bereits nach einigen Tagen als gescheitert zu betrachten. Es offenbart sich darin

die Stärke der französischen Demokratie, daß sie einen solchen Sturm so spielend überwand. Die Versuche der Royalistenpartei, durch maßlose Anfechtung ihrer Anhänger größere Straßenkrawalle zu inszenieren, haben schließlich nur gezeigt, daß diese einzige offene antirepublikanische Gruppe sogar in Paris nur über einige Tausend aktive Anhänger verfügt. Diese können zwar die Polizei während einiger Stunden in Atem halten, doch zur Durchbrechung einer Sperrkette reicht es bei weitem nicht aus. Die Polizei selbst ist dabei ziemlich brutal vorgegangen, doch brauchte in dem stundenlangen Geplänkel am Dienstag und am Donnerstagabend überhaupt kein Schuß zu fallen, Flüsse und Verkehrsstöße genügten vollkommen, um die durch den üblichen Großstadtmob verstärkten Studententrupps zurückzuschlagen. Von dieser Seite droht also der Republik bestimmt keine Gefahr.

Ernstes zu nehmen war die moralische Krise,

die die französische Demokratie seit dem Ausbruch des Skandals bedrohte, jene um sich greifende Stimmung der Skepsis und des Widerwillens gegenüber dem Regime als solchen und seinen Repräsentanten, den Abgeordneten, Ministern und Behörden. Am stärksten offenbarte sich diese Stimmung, als die Nachricht von dem Selbstmord Staviskys überall auf Unglauben stieß. Die allgemeine Meinung ging zunächst dahin, daß die Polizei einen unheimlichen Missetäter nicht nur mündtot, sondern überhaupt tot gemacht habe. Und obwohl allerhand Umstände, insbesondere hinterlassene Abschiedsbriefe, jetzt darauf schließen lassen, daß Selbstmord einwandfrei vorliegt, wird diese Skepsis über das Schlußdrama von Chamoni sicher bei den meisten Franzosen fortauern.

Was in dessen der Republik über diese schwere Krise sehr bald hinweggeholfen hat, ist der Umstand, daß sich inzwischen herausstellte, daß die lautesten Tugendwächter zu den bestochenen Helfern Staviskys gehören. Die Enthüllung, daß der bisherige Direktor jener nationalpolitischen „Liberté“, die sich vom ersten Tage wie toll gebärdete, Camille

Aymard, 50.000 Francs von Stavisky erhalten hatte, und seine daraufhin erfolgte Verhaftung Wunder gewirkt. Als der frühere Ministerpräsident Tardieu, der neuerdings als regelmäßiger Leitartikler der „Liberté“ einer der beständigsten Rufer im Streit gegen die Regierung ist, das Wort in der parlamentarischen Stavisky-Debatte ergriff, wurde ihm von der Linken unter Anspielung auf seine Rolle in Kolonialaffären in der Vorkriegszeit sehr energisch bedeutet, daß er kein geeigneter Hüter der politischen Sauberkeit sei. Ueberhaupt hat die sehr feste Haltung, die der Ministerpräsident Camille Chautemps gegen die Schuldigen, aber auch gegen die Verleumder an den Tag legte, und die einen wohltuenden Eindruck unbedingter Ehrlichkeit und Sauberkeit erzeugte, wesentlich dazu beigetragen, den politischen Sturmangriff zurückzuschlagen und die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Chautemps hat die Gelegenheit benützt, um eine neue Gesetzgebung anzukündigen, die die französische Presse von unsauberen Elementen befreien und die Verleumder zwingen soll, den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen unverzüglich zu erbringen. Er hat damit auf einen Krebschaden der französischen Demokratie hingewiesen. Der Stavisky-Skandal war nur möglich mit Hilfe einer korrupten Presse,

Abscheu in Holland

Folgen der Hinrichtung van der Lubbes

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: „Wenn man gemeint hat, van der Lubbe enthaupten zu müssen, um ein Exempel zu statuieren, dann hat man dabei nicht begriffen, daß die eventuellen innenpolitischen Vorteile nicht die Entrüstung aufwiegen, die in unserem Lande und wahrscheinlich auch in anderen Ländern entstehen wird. Man begriff in Deutschland die niederländische Mentalität nicht.“

Diese Äußerung des holländischen Gesandten in Berlin, des Herrn von Limburg-Stirum, getan zu dem Vertreter der sozialdemokratischen „Arbeiterspers“, gibt ein zutreffendes Bild der Stimmung, die durch die Hinrichtung van der Lubbes in der niederländischen Bevölkerung ausgelöst worden ist. Dieser schmachvolle Justizmord bedeutet für das deutsche Ansehen in Holland eine verlorene Schlacht.

Man darf nämlich zwei Dinge nicht übersehen: Holland ist das Heimatland van der Lubbes, und die holländische Regierung hatte einen offiziellen Schritt bei der deutschen unternommen, um den offensichtlichen Justizmord an einem holländischen Staatsbürger zu verhindern. In ganz Holland dürfte es kaum einen Menschen geben, — mit Ausnahme natürlich der Faschistengruppe des Herrn Mussert — der Verständnis dafür aufbringe, daß ein Angeklagter auf Grund eines Gesetzes bestraft wird, das zur Zeit seiner Tat noch nicht in Kraft war. In Holland ist überdies seit mehr als hundert Jahren keine Hinrichtung mehr vollzogen worden, und die öffentliche Meinung steht hier beinahe fassungslos der Tatsache gegenüber, daß ein Holländer die Todesstrafe erleidet wegen einer Tat, vor der selbst der welt rechts stehende und keineswegs hitlerfeindliche „Telegraaf“ jetzt nochmals hervorhebt, daß sie doch nicht viel mehr bedeutet habe als einen großen Innenbrand.

Die Presse, auch die bürgerliche, stand daher auch durchaus hinter dem Schritt der holländischen Regierung zugunsten van der Lubbes. Das liberale „Handelsblad“ hebt hervor, daß die holländische Regierung schon aus dem rechtlichen Gesichtspunkt heraus Anlaß zu dem Versuch hatte, das Leben ihres Untertanen zu retten. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ unterstreicht gleichfalls stark die Tatsache, daß die holländische Regierung sich für van der Lubbe auf den bei allen Kulturvölkern geltenden Grundsatz berufen habe „nulla poena sine praevia lege“ — „keine Strafe ohne ein vorangegangenes Gesetz.“ Umso schärfer wird die starke Bräskierung empfunden, die das Hitlerregiment dem kleinen Nachbarstaat zuteil werden ließ, indem es dessen Gesandten einfach als Luft behandelte.

Das ziemlich rechtsgerichtete Kabinett Colijn hat bisher krampfhaft alles zu vermeiden gesucht, was von der Hitlerregierung als Unfreundlichkeit hätte ausgelegt werden können. Es hat z. B. jede politische Tätigkeit von Ausländern in seinem Machtbereich untersagt; trotzdem konnte erst jüngst wieder vor einem

die abwechselnd mit dem Revolver knackte und sich dann bestechen ließ. Drei von diesen Revolverjournalisten, die von Stavisky Geld genommen haben, nachdem sie ihm zunächst mit Enthüllung gedroht hatten, sitzen bereits hinter Schloß und Riegel.

Und nun ist das Pikante dabei, daß mindestens zwei jener Staviskyblätter, deren Leiter jetzt in Haft sitzen, gleichzeitig

offenkundige Propagandaorgane der Hitler-Regierung

waren. Die „Volonté“ des Herrn Dubarry und das „Midi“ des Halbnegers Pierre Darius gehörten zu den Zeitungen, die so offenkundig Propaganda für Hitler-Deutschland machten und sogar für Zugeständnisse an die deutschen Rüstungsforderungen eintraten, daß man sie allgemein in den Pariser Redaktionen als von der Deutschen Botschaft subventioniert ansah. „Midi“ versuchte sich sogar neuerdings in Antifaschismus und hetzte zur Ausweisung der deutschen politischen Flüchtlinge aus Frankreich auf.

Die deutsche Nazipresse hat natürlich versucht, den Stavisky-Skandal als Argument für den Faschismus und gegen die parlamentarische Demokratie auszunutzen. Aber vielleicht bangt schon Herr Göbbels vor dem Tag, an dem die Untersuchung ergeben wird, daß „Midi“, „Volonté“ und vielleicht auch noch andere Blätter dieses Genres nicht nur aus Staviskys, sondern auch aus seiner Hand gefressen haben.

Aus dem Privatleben der SA.

Der Führer der SA-Gruppe Westfalen, Schapmann, erläßt eine Kundgebung, in der es heißt:

„In letzter Zeit maßen sich Zivilisten, die noch im Jahre 1933 gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung im schärfsten Kampfstanden, die Frechheit und Unverfrorenheit an, uniformierten SA-Führern und SA-Männern, die jahrelang unter Einsatz ihres Lebens für das Wiedererwachen der deutschen Nation kämpften, ungerechtfertigte Vorschriften über den Besuch von Lokalen und die Besuchszeit zu machen. Die SA bedarf dieser Pharisäer nicht. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Aufsicht über den Besuch von Lokalen durch die SA lediglich den SA-Führern zusteht. Künftig werde ich die in Frage kommenden Zivilisten der Polizei übergeben lassen, weil sie Rechte für sich in Anspruch nehmen, die ihnen nicht zustehen. Sollten Provokateure in SA-Uniform gegen Anstand und Sitte verstoßen, so steht jedem frei, bei der nächsten SA-Dienststelle oder Polizeiwache Meldung zu erstatten.“

Um was für Lokale mag es sich wohl dabei handeln?

„Offene Reaktion“

An der Berliner Universität wurde eine Kampfwoche „Jugend für deutschen Sozialismus“ veranstaltet. Bei der Eröffnungsfest sprach der Führer der deutschen Studentenschaft an der Universität Berlin, von Hadeln, und der nationalsozialistische deutsche Studentenbund berichtet darüber:

Von Hadeln wandte sich gegen die in den Reihen des Nationalsozialismus mehr oder minder offene Reaktion. Die deutsche Jugend, der nationalsozialistische Student und Arbeiter, werden nicht dulden, daß diese reaktionären Nutznießer und Mitläufer die deutsche nationalsozialistische Bewegung verwässern werden.

Aber, aber! Diese „reaktionären Mitläufer“ laufen ja, soweit sie prominent sind, garnicht mit, sondern an der Spitze, ob sie nun Thyssen, Schmitt, Krupp von Bohlen-Halbach, von Stauff, Prinz August Wilhelm oder sonstwie heißen. Sollte einem Teil der deutschen Jugend langsam ein Licht aufgehen? Dann mögen die regierenden Schieber gut aufpassen — das Licht kann eines Tages leicht zur Brandfackel werden!

Römisch oder nordisch?

Faschistische Verurteilung der Hitlererei.

Die nationalsozialistische Rassenlehre hat bekanntlich die turmhohle Ueberlegenheit der nordischen Rasse über alle anderen dem Tierreich nächststehenden Menschenrassen streng wissenschaftlich festgestellt. Der große Bruder in Rom jedoch hat sich zu dieser neuesten Berliner Erkenntnis noch nicht durchringen können. Er behauptet nach wie vor hartnäckig, daß die mittelländische, die römische Rasse die weitaus überlegene sei. Und so konnte man neuerlich in der Zeitung „Regime fascista“ einen Artikel lesen, in dem nachgewiesen wird, daß der Faschismus vor allen Bewegungen, die durch ihn inspiriert worden, besonders vor dem Hitlerismus weitaus den Vorzug verdiene. Diese Ueberlegenheit wird damit erklärt, „daß jene Bewegungen eben der römische Geist feilt und deswegen auch jener Geist der Universalität, der sich mit dem Geist der ganzen Menschheit verbindet.“

„Man vergleiche“, schreibt das faschistische Blatt, „den brüskten Austritt des Reiches aus dem Völkerbund mit dem italienischen Vorschlag, diesem Bund ein neues fruchtbares Leben einzufloßen, man vergleiche die Haltung gegenüber Oesterreich, den alten Alliierten, den Deutschland jetzt aus der Reihe der Nationen streichen will, mit den Bemühungen Italiens, diesen seinen alten Gegner zu retten, man vergleiche das diplomatische Meisterstück, das der Faschismus bei seiner Versöhnung mit dem Vatikan geleistet hat mit dem grausamen Religionsverfolgungen im Reich, besonders der Juden, man vergleiche das menschliche Werk, das unser Regime zur Verbesserung des Nachwuchses geleistet hat, mit dem vernunfts- und wissenschaftswidrigen unmenschlichen deutschen Gesetz über die Zwangssterilisation — und man wird eine Idee vor sich sehen, die keiner billigen kann, der von der tiefen Menschlichkeit des Faschismus einen Hauch verspürt hat!“

So ist's. Wenn der Faschismus über die Alpen blickt, kommt er sich selber — menschlich vor!

Der SA-Dolch



Röhm hat verfügt, daß die SA vom Jahre 1934 ab den SA-Dolch trägt.

Faschismus und Arbeiterschaft

Die Furcht vor den Klassenkräften

Der Nationalsozialismus macht ungeheure Anstrengungen, die Seele des Arbeiters zu gewinnen. Er weiß, daß das für seine Existenz entscheidend ist. Deshalb sind am 2. Mai die Gewerkschaften geraubt worden. Man täuschte vor, man wolle sie weiter führen. Im „Arbeitertum“ schrieb am 15. Mai Dr. Ley:

„Wir griffen zu, um die Rechte der Arbeiter zu schützen. Arbeiter, wir griffen zu, um Deine Rechte, Dein Geld, Deine Einrichtungen zu retten... Nicht als ob wir damit die Gewerkschaften an sich zerstören und zerschlagen wollten. Im Gegenteil, wir haben nie etwas zerstört, was überhaupt Wert für unser Volk hat... Arbeiter, ich schwöre Dir, wir werden nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter aufbauen.“

Schuhmann schrieb in derselben Nummer: Wir sind nicht gewerkschaftsfeindlich. Wenn in dem vergangenen liberalistischen System die Unternehmer sich in großen Organisationen zusammengeschlossen hatten, dann hatte der Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, dasselbe zu tun... Würden wir die Arbeiter betrügen, dann gebührt uns die Kugel.

Dieser Arbeiterbetrug ist inzwischen vollendet. Den am 2. Mai geraubten Gewerkschaften ist im November der Todesstoß versetzt worden. Für den Faschismus hat es von Anfang an nur eine Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten gegeben; nämlich die NSBO. Die NSBO. war nach dem 14. September 1930 der Ausgangspunkt für die nationalsozialistische Massenorganisation. Und sie ist auch für die Zukunft die einzige Vereinigung, die der Faschismus als politische Betriebspolizei duldet.

Die NSBO. als faschistischer Stoßtrupp. Im Januar 1931 hatte Reinhold Muchow den Organisationsplan der NSBO. aufgestellt. Er war von dem Gedanken getragen, die NSBO. solle der faschistische Stoßtrupp innerhalb der Arbeiterschaft sein. Die NSBO. will nicht die

Eroberung der Macht für die Arbeiter, sondern über die Arbeiter. Sie erkannte, daß eine Massenbewegung ohne Erfassung der Betriebsgemeinschaften unmöglich ist. Daß sie trotz der Auflösung der Gewerkschaften mit den Betriebsgemeinschaften der Arbeiter und Angestellten zu rechnen haben. Sie erkannten daher, daß diese Betriebsgemeinschaften durch die Zwangsorganisation der NSBO. für die Gegenrevolution im Schach gehalten werden müssen, wenn sie nicht die natürlichen Zellen der antifaschistischen Revolution werden sollen. Deshalb schreibt der Gaubetriebszellen-Obmann Bangert:

„Die NSBO. ist nach dem Willen unserer Führer das scharfe Schwert unserer Bewegung in den Betrieben und unsere Betriebs-SA.“

Da innerhalb des neuen Regimes Meinungsverschiedenheiten bestanden, ob der alte Gewerkschaftsapparat ein geeignetes Mittel zur nationalsozialistischen Zwangserziehung der Massen sei, so war zunächst ihre Zusammenfassung in der deutschen Arbeitsfront versucht worden. Die Funktionäre für die Arbeitsfront stellte die NSBO. Sehr bald aber ergab sich, daß eine Rivalität zwischen Arbeitsfront und NSBO. nicht zu vermeiden war. Es kam hinzu, daß die überbetriebliche Zusammenfassung in den Gewerkschaften als klassenmäßige Koalition zur Gefahr für die faschistisch-kapitalistische Diktatur werden könnte. In den Gewerkschaftsversammlungen hatten die selbsternannten braunen Bonzen sehr ungünstige Erfahrungen gesammelt. Die Inspektionsreise Dr. Leys durch die Betriebe hatte die Führung belehrt, daß allein der formelle Zusammenhalt der Arbeiter und Angestellten in gewerkschaftlichen Berufsorganisationen immer wieder das Klassenbewußtsein und den Willen zum klassenmäßigen Widerstand wachruft. Der im Dezember angeordnete „Umbau der Deutschen Arbeitsfront“, also die Auflösung der Gewerkschaften, war für den Faschismus eine Lebensfrage. Selbst „gleichgeschaltete“ Gewerkschaften unter der Führung brauner Kreaturen sind für seinen Bestand eine große Gefahr. Es ist lediglich ein taktisches Manöver, wenn jetzt noch erklärt wird, daß die Auflösung der Gewerkschaften nicht sofort in Kraft treten werde.

Interessenvertretungen der Arbeiter werden unterdrückt.

Die Dreiteilung der Arbeitsfront in Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, die am 2. Mai für den Aufbau des neuen „Ständestaates“ proklamiert worden war, sollte für die Gewerkschaftsmitglieder den Uebergang zur Auflösung ihrer Organisationen allmählich vorbereiten. So schreibt Bangert über die derzeitige Entwicklung:

„Heute würde die Auflösung der Dreiteilung ein gewaltiges Durcheinander ergeben, da z. B. die zur Zeit bestehende Gesetzgebung, ferner die riesigen Werte der ehemaligen Organisationen und noch vieles andere mehr störende Faktoren sind.“

Das wahre Ziel muß also noch verschleiert werden. Doch ist kein Zweifel, daß jede Koalition der Arbeitnehmer aufhören soll. „Volksgemeinschaft“ ist nichts anderes als der Verzicht auf Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Die Anweisungen für die Arbeitsfront werden nur noch von der NSBO. gegeben. Sie ist das Arbeiterorgan des Totalen Staates. Im Faschismus gibt es keine Selbsthilfeverbände, da alles durch und alles für den Staat geschieht. Der faschistische Staat ist Instrument der kapitalistischen Wirtschaft, oder besser gesagt Treuhänder des kapitalistischen Unternehmertums.

Arbeiter ohnmächtig — Unternehmer allmächtig.

Die zweite Etappe des Faschismus wird von zweierlei Maßnahmen getragen, einer negativ und einer positiv wirkenden. Negativ ist die Aufhebung des letzten Restes gewerkschaftlicher Koalitionsfreiheit, positiv sollen die Einrichtungen des Feierabendwerkes (Kraft durch Freude) wirken. Man will durch sie die Mitglieder der Arbeitsfront zu dem erziehen, was der Faschismus „deutschen Sozialismus“ nennt.

Der Arbeitsvertrag, bisher das Ergebnis des Ringens zwischen Arbeiter und Unternehmer, wird in ein Treubundverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter gefältscht. Die letzte Möglichkeit, die zur gemeinschaftlichen Organisationsentfaltung führen könnte, die Lohnfrage, wird behördlich

geregelt. Der Tarifvertrag ist in Wirklichkeit kein „vertragliches“ Abkommen mehr, er wird von den Treuhändern der Arbeit diktiert. Ähnlich heißt das: „Der Tarifvertrag kennt keine Schieds- und Schlichtungsverfahren.“

Der Lohn- und Gehaltsempfänger soll also auf jede Mitgestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen verzichten. Ueberhaupt glaubt man die Ueberwindung marxistischen Denkens erreichen zu können, indem den Arbeitern jede Möglichkeit geraubt wird, sich mit ihrer materiellen Lage zu befassen. Das alles ist Aufgabe des Staates, der behauptet, einen „Sozialismus antimaterialistischer Richtung“ zu vertreten. Sozialismus soll keine Wirtschaftsform, sondern eine „Wirtschaftsgesinnung“ sein — so versichert man bei dem mißbräuchlichen Spiel mit dem Worte Sozialismus in der faschistischen Propaganda. Indem man bestreitet, daß es ein besonderes Schicksal des Proletariats gibt, herbeigeführt durch seine Besitzlosigkeit und die Trennung von den Produktionsmitteln, glaubt man die Entproletarisierung und die Aufhebung aller Klassenkämpfe herbeigeführt zu haben.

Hitlers Gespenst

Arbeitslosigkeit stärker gestiegen als im Vorjahr.

In der Entwicklung der „Arbeitsschicht“ des Dritten Reichs ist eine bemerkenswerte Wendung eingetreten. Erst kürzlich schrieb in einem Artikel des „Völkischen Beobachter“ Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP:

„Eine strategische Meisterleistung ist die nunmehr gesicherte Unterdrückung des jahreszeitlichen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten.“

Kaum war das gedruckt, als die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung mitteilte, die Arbeitslosigkeit sei im Dezember um 343.000 gestiegen. Diese kalte Dusche hat, wie aus den überaus gedrückten Kommentaren hervorgeht, sehr entmutigend gewirkt. Vergessen sind mit einem Male die großspürigen Prophezeiungen, daß es nie mehr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit geben werde, daß keine Kältewelle Einfluß haben werde auf den Stand der Beschäftigung. Jetzt spricht man plötzlich von dem „außergewöhnlichen Kälteeinfall“ als einer normalen Erscheinung, mit der man immer gerechnet habe!

Um wieviel größer wäre die Enttäuschung, wenn man wüßte, daß die Steigerung der Arbeitslosigkeit im Dezember noch weit größer ist als 343.000. Das läßt sich aus dem Bericht der Reichsanstalt deutlich nachweisen. Wie sie mitteilt, ist auch die Zahl der Notstandsarbeiter um 123.000 gesunken. Seit einigen Monaten sind die Notstandsarbeiter in der allgemeinen Arbeitslosenstatistik nicht mehr enthalten. Die 123.000 Notstandsarbeiter, die im Dezember arbeitslos geworden sind, müssen also den 343.000 gewöhnlichen Arbeitslosen hinzugerechnet werden. Das ergibt eine Zunahme von insgesamt 466.000. Sie ist höher als im Dezember 1932, wo sie nur 418.000 betrug.

Von Bedeutung ist, daß nach der Angabe der Reichsanstalt in der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit nicht zugenommen hat. In einzelnen Gegenden, z. B. in Bayern und Pommern, hat sie sogar neue Arbeitskräfte aufgenommen. Die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit ist also auf das Baugewerbe und die Industrie zurückzuführen. Sie ist also weit weniger, wie man amtlich angibt, die Folge des „außergewöhnlichen Kälteeinfalls“ als der zunehmenden Schwierigkeiten konjunktureller Art.

Nachträglich.

Aus einem Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Kommunalaufsichtsbehörden, Gemeinden und Gemeindeverbände:

„Wie ich aus zahlreichen Eingaben entnehme, herrscht in den Kreisen der weiblichen Beamten, Lehrer und Angestellten starke Bounruhigung über die von verschiedenen Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden gegen sie durchgeführten weitgehenden Abbaumaßnahmen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich verschiedene Stellen bei ihrem Vorgehen offenbar von der Anschauung leiten lassen, im nationalsozialistischen Staate seien weibliche Beamte und Angestellte grundsätzlich aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen oder aus dem bisher innegehabten Amt in ein solches von geringerem Rang und Einkommen oder in eine Angestelltenstelle abzudrängen.“

„Ich muß nachträglich darauf hinweisen, daß die Gesetzeslage zu einem derartigen allgemeinen Vorgehen gegen weib-

Die durch den Umbau der Arbeitsfront geschaffene Monopolstellung der NSBO. hat die Arbeiterschaft vollständig enteignet, dem faschistischen Staat und damit den Unternehmern die Alleinmacht in allen sozialen Fragen verschafft. Die Betriebszelle der Nationalsozialisten war der Ausgangspunkt für den Agitationserfolg. Sie war die Trägerin der ersten Beteiligung bei den Betriebsrätewahlen gegen die Gewerkschaften im Frühjahr 1931. Sie ist jetzt das amtliche Vollstreckungsorgan der faschistischen Diktatur im Betriebe und über die Massen der Werktätigen. Der Betrieb ist im faschistischen Deutschland zur Zwingburg für den Arbeiter und Angestellten geworden.

Der Betrieb, die natürliche Zusammenfassung von Arbeitern und Angestellten, die Stelle, an der die kapitalistische Ausbeutung den besitzlosen Proletariats täglich die Grundsätze des wahren Sozialismus einhämmt, wird darum auch der Ausgangspunkt im revolutionären Befreiungskampf des geknechteten Proletariats sein.

liche Beamte und Lehrer keine Handhabe bietet.“

Davon, daß die erfolgten Massenentlassungen rückgängig gemacht werden sollen, steht in dem Ukas zwar nichts, aber die Hinausgeworfenen dürfen sich zum Trost das nachträgliche Rundschreiben ihres Ministers an die Wände der ungeheizten Stuben hängen.

Heroismus und Baumwolle

Bei Eröffnung der in Leipzig neugegründeten Nazipfunde, die sich Seminar für politische Erziehung nennt, donnerte Reichsstatthalter Mutschmann in seiner Rede:

Es wird immer der den Sieg davon tragen, der sich in seinem Gedanken selbst heroisch erhalten und sich nicht dem Händlergeist zugewandt hat.

Zu heroischen Tiraden ist keiner so berufen wie dieser geschäftstüchtige sächsische Fabrikant. Während des Krieges, als andere draußen heroisch verbluteten, machte dieser Obernazi auf Staatskosten Schiebungen in belgischen Garn, weshalb nach dem Kriege sein Plauerer Textilbetrieb blühte und gedieh, während seine Arbeiter unter Tarif schuften mußten. Solche Leute machen im Dritten Reich politische Erziehung und wettern, nachdem sie ihr Schloßchen im Trockenen haben, gegen Händlergeist!

„Unchristlicher, unmenschlicher u. barbarischer Geist in Hitler-Deutschland“

Auf Grund der amtlichen Ausführungsbestimmungen zu dem Sterilisierungsgesetz nimmt der „Osservatore Romano“, das offizielle Organ des Papstes in folgender Weise Stellung:

„Die Ausführungsbestimmungen, so wie sie vorliegen, bilden in ihrer brutalen Einfachheit das eindrucksvollste Dokument des unchristlichen, unmenschlichen und barbarischen Geistes der durch Zwang herrschenden Grundsätze.“

Was sagen die innerlich und äußerlich gleichgeschalteten katholischen Geistlichen und Bischöfe zu diesem vernichtenden Urteil ihres Oberhirten?

Hitler und das Spinnrad

In London ist ein Buch erschienen: „Nazi Germany Explained“ (Nazideutschland erklärt). Der Verfasser, Vernon Bartlett, schreibt darin:

Hitler will nämlich wie Gandhi die Rückkehr zum Spinnrad, nicht nur weil er ein Wirtschaftsnationalist ist, sondern auch weil er an Einfachheit glaubt. Der wichtigste Charakterzug der deutschen Revolution ist, daß sie im wesentlichen eine Reaktion gegen den übertriebenen Materialismus bedeutet.“ (S. 173).

Die Rittergüter zu dem ersetzten Spinnrad hinzu haben die Hitler, Göring, Kube und Genossen sich schon schenken lassen!

Druckfehlerberichtigung. In den Artikel „Arbeitsschicht ohne Sieger“ in Nr. 33 des „NV.“ haben sich zwei Ziffernfehler eingeschlichen. Das Defizit der Reichsbahn betrug Ende Oktober 20 (zwanzig) Millionen Mark (nicht zwei Millionen Mark), das Zurückbleiben des Volkseinkommens in den ersten drei Vierteljahren 1933 40 Millionen Mark (nicht Milliarden).

Der geistigen Vorbereitung zur Führung des Kampfes gegen den Faschismus zu dienen — das ist die Aufgabe der „Zeitschrift für Sozialismus“. Das Januarheft enthält eine Auseinandersetzung mit Trozky: „Trozkyismus und Sozialdemokratie“ von Schifrin, setzt sich mit dem deutschen Faschismus in zwei Artikeln: „Die Gewerkschaften im faschistischen Deutschland“ von Leopold Franz und von Karl Exner über die „Oekonomie des Faschismus“ auseinander und schließt mit einem Diskussionsbeitrag von Ernst Anders über „Die Organisation der Freiheit“, sowie Glossen und einer Bucherschau ab.

„Die Zeitschrift für Sozialismus“ erscheint bei der Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad, Kantstr., und ist direkt oder durch jede Buchhandlung zubeziehen

Der Sinn eines neuen Programms

Eine Antwort an Karl Kautsky

Von MAX KLINGER

„Aufhebung der Arbeitslosigkeit, Einnahme der Hochburgen der großen Ausbeuter, des großen Grundbesitzes, der Schwerindustrie, der Banken, das sind Maßregeln, an die ein sozialdemokratisches Regime sofort zu gehen hat.“

Dieser Satz steht gegen Ende der Broschüre von Karl Kautsky „Neue Programme“. In dieser Broschüre kommt Genosse Kautsky zum Schluß, daß „unsere Partei kein neues Programm braucht“. So sagt er selbst in aller Schärfe und Eindeutigkeit in seiner Polemik gegen den Genossen Ernst Anders. Der Satz, den wir oben zitiert haben, hat durchaus programmatischen Charakter. Er ist nicht neu. Genosse Kautsky hält es für eine Selbstverständlichkeit, daß wir beim Sturze des Hitlerregimes danach trachten werden, diese Forderung zu verwirklichen. Aber woher wissen die atomisierten, verwirrten, enttäuschten Massen, deren sozialistisches Bewußtsein die Diktatur zu zerschlagen droht, daß die sozialdemokratische Partei in ihrer jetzigen Gestalt entschlossen ist, diese revolutionäre sozialistische Forderung zu erfüllen, und was berechtigt den Genossen Kautsky zu der Annahme, daß die Sozialisten, die wirklich Sozialisten geblieben sind, unserer Partei zu vertrauen, daß sie den Willen zur Verwirklichung dieses programmatischen Satzes hat? Unserer Partei: wie und in welcher Gestalt erscheint heute unsere Partei den Sozialisten und Arbeitern?

Genügt es denn, zu erklären: wir sind noch da und wir sind die Alten? Wer ist noch da? Und sind wir wirklich die Alten? Haben wir nicht eine gewaltige äußere und innere Erschütterung erfahren? Sind nicht viele von uns abgefallen, ist nicht die gesamte überlieferte Organisation unserer Partei, zerschlagen, die Führer und die geistigen Kräfte verhaftet oder räumlich zersprengt, das zählbare und wägbare Element der Partei fast völlig verschwunden? Was davon geblieben ist, das ist der Parteivorstand in Prag und die zur Propaganda gegen den Faschismus und für die Erhaltung der sozialistischen Idee mit ihm verbundene Genossen. Wer weiß von den zersplitterten Massen, von den Gruppen drinnen und draußen, was dieses Willenszentrum ist und bedeutet, wie es denkt und wie es wirkt? Wer weiß, was darüber hinaus noch an geistigen Kräften unserer

Partei erhalten ist, wie sie denken und wirken?

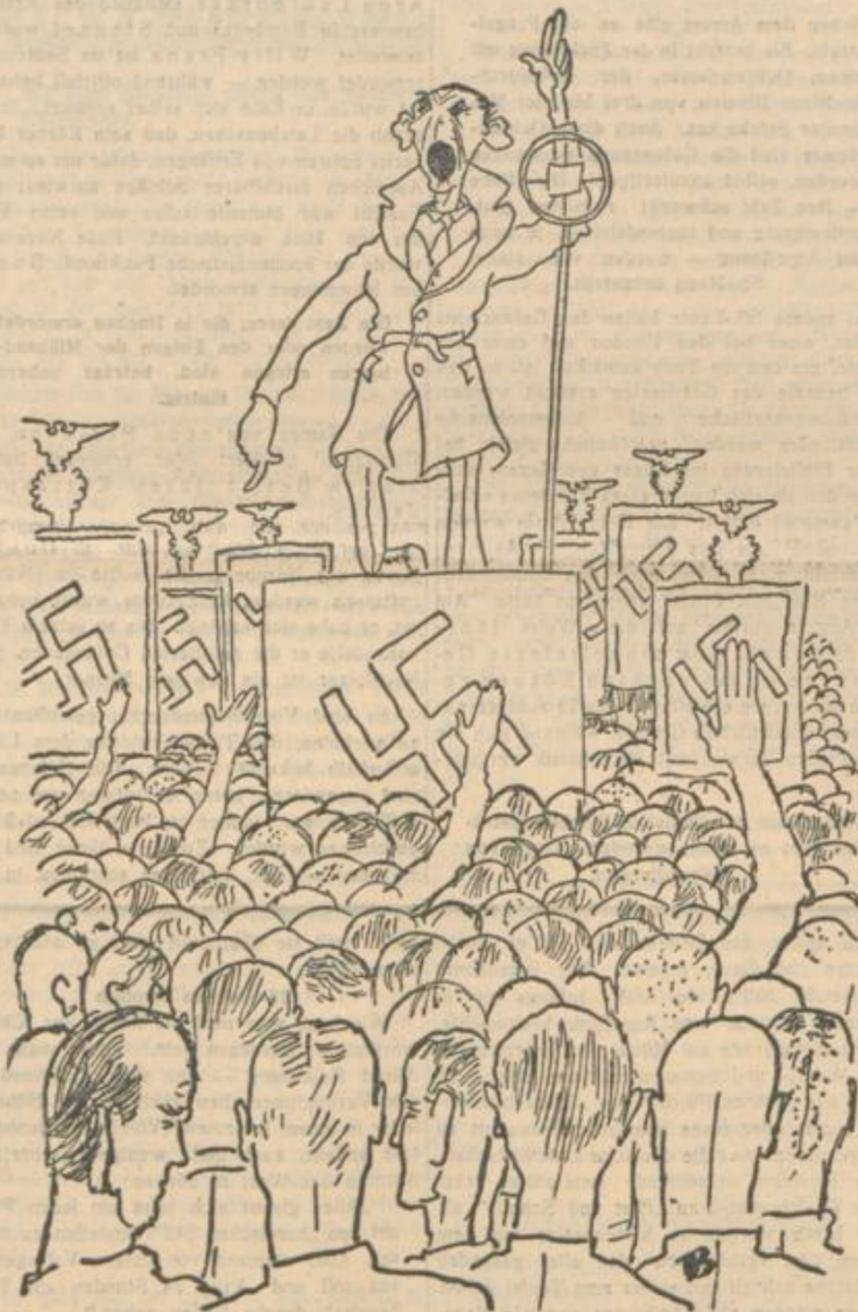
Wir haben kürzlich in der Zeitschrift für Sozialismus den Satz von Schifrin gelesen: die Partei, das sind die Kadere der sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland. Diese Kadere sind nicht vorhanden, sie müssen erst geschaffen werden. Die Sozialisten in Deutschland sind vereinzelt, und ihre Vereinzeltung wird noch drückender durch die auf sie einströmenden Fragen und Zweifel.

Die Aufgabe heißt also: Verbindungen herstellen, Einheitlichkeit des

Partei, die Theorie und die Politik der Partei gleichstellen! Die klassische Lehre und die klassische Programmatik war durchaus in Ordnung. Aber jetzt geht es nicht um die klassische Programmatik, losgelöst von der praktischen Politik der Sozialdemokratie, sondern um Erneuerung der Politik, es geht um die Sammlung der Menschen, die die Idee in Deutschland tragen und lebendig erhalten sollen!

Die Unerschütterlichkeit der großen Tradition, die in den Ausführungen von Karl Kautsky hervortritt, ist imponierend.

Lustgarten 1934



„Die Regierung hat ein neues Arbeitsgesetz beschlossen“ (Heil Hitler!). „Was drin steht, braucht ihr nicht zu wissen!“ (Heil Hitler!). „So, und nun könnt ihr wieder nachhause gehen!“ (Heil Hitler!)

Denkens und Handelns sichern, formieren was da ist und was erfaßt ist. Sie heißt, unseren Glauben und unserem Anspruch als Partei Gestalt geben. Dazu ist notwendig, daß wir laut und vernehmlich sagen: wer wir sind, was wir tun, was wir wollen.

In der Theorie, im rein Geistigen existiert nach wie vor weiter die unsichtbare Partei aller deutschen Sozialdemokraten, gebunden nicht durch Organisation, sondern die Idee, die die große Tradition des Marxismus aufrechterhalten und fortsetzen. Da gibt es im höchsten Sinne kein neues Programm, gibt es nur Variationen, Steigerungen der gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse. Aber es geht nicht an, daß wir ohne weiteres die Theorie und die Bewegung, die Theorie und die

Unsere Partei braucht kein neues Programm — er will damit sagen, daß die Grundideen des Sozialismus lebendig sind, daß der Sozialismus keiner Revision, keiner Anpassung, keiner Vermischung mit Modeideen, geschweige denn mit wesensfremden Elementen bedarf. Er will sagen, daß es immer Sozialisten geben wird, daß die Bewegung des sozialdemokratischen Denkens immer da sein wird.

Aber wir wollen nicht nur die Tradition als geistige Strömung fortsetzen, sondern als praktisch wirkender, nach Macht strebender Verband, als politische Partei, und dazu gehört, daß wir sagen, wer und was wir heute sind.

Die Namen, die wir tragen, stammen aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren organisatorisches Ge-

schick abgeschlossen ist und deren neuer Körper erst entstehen soll! Keiner von uns hat sich neuen Erkenntnissen und Notwendigkeiten entziehen können, und wer dies nicht vermochte, der hat sich weit von uns entfernt. Zu diesen neuen Erkenntnissen gehört, daß die Abkehr vom Reformismus eine objektive Notwendigkeit geworden ist, daß die deutsche Sozialdemokratie hinfert nur Lebensrecht hat als eine revolutionäre Partei, daß der Kampf gegen den Faschismus revolutionäre Mittel und Zielsetzungen erfordert. Das alles paßt nicht zu dem Bilde, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Politik vor dem faschistischen Staatsstreich in Deutschland geboten hat.

Die Beschränkungen auf die einfache Erklärung, daß wir gewillt sind, die Kontinuität der Sozialdemokratischen Partei aufrecht zu erhalten, müßte deshalb den Eindruck hervorrufen, als sollte auch die Kontinuität der bisherigen organisatorischen Grundsätze, die Kontinuität der Legalität und des Reformismus aufrechterhalten bleiben. Wir müssen deshalb die Wandlung klar und weithin sichtbar zum Ausdruck bringen, wir müssen vor allen Sozialisten und allen Arbeitern die Leitgedanken unserer Politik klarlegen. Wir müssen zeigen wie wir den Kampf gegen den Faschismus zu führen gedenken, welche Mittel wir uns bedienen wollen, welche Ziele wir uns setzen, wie wir die Macht organisieren, sichern und anwenden wollen. Wir müssen zeigen, welche Stellung wir angesichts der Kriegsgefahr und gegenüber der neuen kriegerischen Politik des Hitlerregimes einnehmen. Es geht dabei um Politik, nicht um Theorie.

Was wir zu allen diesen Punkten zu sagen haben, sind keine Selbstverständlichkeiten. Es bedeutet in manchen Punkten wesentliche Abkehr von der bisherigen Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Und über all dies sollten wir nicht nach programmatischen Formulierungen trachten? Wir sollten nicht danach streben, einen gemeinsamen Ausdruck für das zu finden, was heute viele Tausende bewegt, die wir sammeln müssen, sollten nicht danach trachten, den zweifelnden und Fragenden klare Antworten zu geben? Das würde bedeuten, daß wir die Genossen allein lassen würden, die unter dem Druck der Diktatur drinnen mit sich und der Frage ringen: wohin nun des Wegs?

Sollen wir diesen Genossen sagen: Nehmt das Erfurter Programm, das Gölitzer Programm, das Heidelberger Programm? Das werden sie vielleicht ohnehin tun — wenn sie es noch haben! — aber diese Programme sagen ihnen nichts über die brennenden aktuellen Fragen! Die Sammlung der Gruppen, die Erzeugung eines gemeinschaftlichen Kampfwillens, die Bildung eines neuen Körpers der Partei wird erfolgen auf den großen allgemeinen Grundsätzen des Marxismus — aber auch auf der Ausprägung der politischen Lehren und Erkenntnisse, die aus mindestens zwanzig Jahren sozialdemokratischer politischer Wirksamkeit, aus der gegenwärtigen Situation in Deutschland und der Welt gezogen werden müssen.

Sollen wir denn schweigend handeln? Der Entschluß, in die Emigration zu gehen, in der Emigration und in der illegalen Arbeit in Deutschland zu wirken, beruht auf der Erkenntnis neuer objektiver Notwendigkeiten. Es ist unsere Pflicht, diese objektiven Notwendigkeiten festzustellen, sie ins Bewußtsein der Sozialisten und der Arbeiter zu bringen, die sie noch nicht erkannt haben. Eine geschlossene Fassung dieser Erkenntnisse — das sollte unsere Partei nicht brauchen?

Wir wollen nicht um Worte streiten. Wahrscheinlich ist Genosse Kautsky in vielen Punkten mit uns einverstanden, und meint nur, eine solche Zusammenfassung sei kein Programm, weil in seinem Erinnerungsbild ein sozialdemokratisches Programm etwas anderes ist als die Zusammenfassung der Leitgedanken des Wirkens einer Partei. Ich möchte einen solchen Unterschied zwischen Programm und Programm nicht machen. Wenn eine Partei in neuer Gestalt mit veränderter Aufgabe und in veränderter Situation und mit einer neuen Taktik vor die Öffentlichkeit tritt, als eine neue politische Ausprägung der großen Idee, und die Leitgedanken ihrer Politik öffentlich darlegt, so

Lubbe ist tot, der Kronzeuge zum Schweigen gebracht. Die Wahrheit aber gibt keine Ruhe, es löst sich das Rätsel um den Reichstagsbrand und seine Urheber.

Wer aber geht aus dem großen Prozeß um den Reichstagsbrand als gestäubt u. verurteilt hervor? Wozu brauchte die Regierung Hitler diesen Monstreprozeß? Wer sind die wirklichen Brandstifter? Ist eine Aufklärung noch möglich? Welche politische Wirkungen sind von ihr zu erwarten?

Der Prozeß um den Reichstagsbrand hinterläßt ungelöste Fragen. Die soeben erschienene Schrift von Justinian: „Reichstagsbrand“ beschäftigt sich mit diesen Fragen und stützt ihre Feststellungen auf unwiderlegliche Tatsachen. Bestellen Sie diese Broschüre sofort bei der Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, Kantstraße, oder bei Ihrem Buchhändler. Ihr Preis ist K 7.—

Ist eine solche Darlegung ein Programm. Man hat sich nicht geschaut, den politischen Leitgedanken des Görlitzer Parteitags den Namen „Görlitzer Programm“ beizulegen. Ist es heute wirklich nicht notwendiger und berechtigter, ein neues Programm zu schaffen als in Görlitz?

Vor allem aber — ist es wirklich zweckmäßig, dem Ringen nach Klarheit, nach Verdichtung neu gewonnener Erkenntnisse, nach Sammlung und Ueberzeugung der vereinzelt Sozialisten und Arbeiter in den Arm zu fallen mit dem abschließenden

Satz: unsere Partei braucht kein neues Programm? Soll das alles sein, was wir zu sagen haben?

Wir würden uns damit selber zur völligen Wirkungslosigkeit verurteilen. Deshalb ist es notwendig, daß die Ziele und die Taktik offen dargelegt werden in geschlossener Form, als Grundlage für die Sammlungsaufgabe, die wir zu erfüllen haben. Der Inhalt eines solchen „Programms“ wird die beste Antwort sein auf den Satz, daß unsere Partei kein neues Programm braucht!

So wurden manchmal Gefangene mit nassen Töchern geschlagen. Manchmal wurden sie durch Bastonade (Schläge auf die Fußsohlen) so zugerichtet, daß ihre Fußsohlen zerfleischt waren. Sieben verhaftete SA-Leute, die Anfang August eingekerkert wurden, sind durch die Bastonade und auch auf andere Weise so mißhandelt worden. Zwei von ihnen, Amuschel und Handschuck, starben an den Folgen der Mißhandlungen. Der Kommunist Fritz Schaper war so geschlagen worden, daß er acht Wochen lang völlig entkräftet war. Am 2. September zerschlug ein SA-Posten einen Gefangenen die Kinplade mit der bloßen Faust. Am 30. Juni wurden 20 Gefangene in dem Keller unter der Küche so geschlagen, daß ihre Schreie von den anderen Gefangenen gehört werden konnten. Einige Gefangene wurden mit Gummischläuchen geschlagen. Einige Gefangene wurden mit brennenden Zigaretten verbrannt, und einige wurden mit dem gefoltert, was die Amerikaner „Wasserfolter“ nennen.

Unter den Gefangenen, die auf solche Weise mißhandelt wurden, waren L. Buchmann, Georg Freischütz und ein Journalist namens Ewald Tunig. Der Münchner Kommunist Sepp Götz wurde ermordet, nachdem er vorher derart zerschlagen worden war, daß er nicht mit dem Leben davon gekommen wäre. Der Student Wickelmeier ist erschossen worden. Der Kommunist Fritz Dressel ist zu Tode geprügelt worden. Leonhard Hausmann, ein Stadtrat, Aron Lehrburger (Mitglied des Reichsbanners in Bamberg) und Stenzel wurden ermordet. Willy Franz ist im September ermordet worden — während offiziell behauptet wurde, er habe sich selber erhängt. Indes ergab die Leichenschau, daß sein Körper keinerlei Spuren von Erhängen, dafür um so mehr Anzeichen furchtbarer Schläge aufwies; sein Gesicht war blutunterlaufen und seine Kleider von Blut durchtränkt. Ende November wurde der kommunistische Funktionär Buerk aus Memmingen ermordet.

Die Zahl derer, die in Dachau ermordet worden oder den Folgen der Mißhandlungen erliegen sind, beträgt nahezu fünfzig.

Die Namen von neun Personen, die Gefangene gefoltert oder ermordet haben, sind im Besitz Ihres Korrespondenten.

Einer der Gefangenen war ein Doktor Katz aus Nürnberg. Er sollte im Oktober entlassen werden kurz zuvor wurde behauptet, er habe sich erhängt. Bis zu seinem Tode behandelte er die gefolterten Gefangenen. Sein Nachfolger ist ein gewisser Muznar.

Es sind Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß Tatsachen aus dem Lager außerhalb bekannt werden. Die Gefangenen sind angewiesen, unter Androhung von neuen Mißhandlungen, immer zu bestreiten, daß sie geschlagen würden. Zwei von ihnen sind gezwungen worden, Artikel zu schreiben, in de-

nen eine rühmliche Schilderung des Lebens im Lager gegeben wird, und deren Namen sind im Besitz Ihres Korrespondenten.

Schlimmer als im Kriege!

Im Anschluß an das Erscheinen des vorstehenden Berichtes im „Manchester Guardian“ erhielt der Herausgeber des Blattes eine längere Zuschrift von dem früheren Abgeordneten im englischen Unterhaus, Rennie Smith (Arbeiterpartei). Es heißt darin:

„Ich bezweifle nicht im mindesten die sachliche Genauigkeit des Berichtes Ihres Sonderkorrespondenten, den Sie am 1. Januar über die Unmenschlichkeiten im Lager Dachau veröffentlicht haben. Vielleicht ist mir erlaubt, die Beschreibung durch Erinnerungen zu ergänzen an einem Besuch in Dachau.“

Wegen der körperlichen Mißhandlungen gab der Kommandant zu, daß unter seinem Vorgänger viele Härten vorgekommen seien. Das erklärte (um nicht zu sagen, rechtfertigte) er mit dem Hinweis, daß in einer Massenbewegung nach vierzehnjährigem revolutionärem Kampfe unvermeidlich sei, wenn im ersten Rausch des Sieges Brutalitäten und selbst persönliche Racheakte vorkommen. Er bestritt, daß seit seiner Uebernahme der Kommandantur (Juni 1933) noch körperliche Züchtigungen vorkämen. Sein Interesse, erklärte er, sei nicht zu züchtigen, sondern vergiftete Anschauungen zu heilen. Dann beschrieb er diesen Heilungsprozeß, der die Unterbringung von Spionen in den Baracken einschloß, um die Geistesverfassung der Gefangenen zu beobachten. Die groben Ergebnisse dieser Beobachtungen der Gefangenen sind:

1. 25 Prozent der Gefangenen sind nur wenig beschädigt, sie sind leicht heilbar und werden wieder gute Deutsche.
2. 25 Prozent sind verdorben, aber es ist Hoffnung auf beschleunigte Wiederherstellung vorhanden.
3. 25 Prozent erfordern eine besondere Behandlung, bevor eine Hoffnung für sie bestehen kann.
4. 25 Prozent sind so durch kommunistische und pazifistische Theorien vergiftet, daß man sie wahrscheinlich als unheilbar ansehen muß.

Ich bezweifle nicht, daß die zuletzt genannte Kategorie wohl meist diejenigen umfaßt, die einflußreiche Stellungen in der kommunistischen, sozialdemokratischen und Friedensbewegung innehatten, und daß unter ihnen diejenigen sind, die auf „der Flucht erschossen“ werden und mit denen sich ähnliche Vorfälle ereignen.

Als einer, der während des Weltkrieges in Deutschland als Zivilgefangener (in Ruhleben) war, hatte ich das größte Interesse an einem Vergleich dieser beiden Erfahrungen von Ruhleben und Dachau. Ich zögere nicht zu sagen, daß selbst in der Hochflut des preußischen Nationalismus in den ersten Monaten die Menschlichkeit der deutschen Wärter gegenüber den englischen Zivilgefangenen ungleich viel stärker war, als bei der Behandlung Deutscher durch Deutsche im Konzentrationslager 1933.“

Aus der Hölle von Dachau

Englische Schilderungen über die Zustände in den Konzentrationslagern

Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ veröffentlicht in dieser großen englischen Zeitung am 1. Januar einen ausführlichen Bericht über das Dachauer Konzentrationslager. Ein anderer Sonderberichterstatter schildert das Konzentrationslager Brandenburg. Im Bericht über Dachau heißt es:

„Die Zahl der Gefangenen (nach dem Stande vom September) beläuft sich auf 2200 bis 2400. Davon sind etwa 50 Intellektuelle, einige sind Angehörige des Mittelstandes ohne irgendeine politische Verbindung. 20 bis 60 sind Nazis, etwa 60 sind Juden, rund 300 sind Sozialdemokraten, zwei sind Armeoffiziere (Mitglieder der Bayrischen Volkspartei); außerdem gibt es unter den Gefangenen verschiedene Bettler und gemeine Verbrecher, 15 sind Ausländer, und die übrigen sind Kommunisten. Die weitaus meisten Gefangenen stammen aus der Arbeiterschaft.“

Die Gefangenen sind in zehn Kompagnien eingeteilt; eine Kompagnie hat, wenn sie vollzählig ist, 270 Mann. In fünf Korporalschaften von je 54 Mann. Die erste Kompagnie umfaßt Zimmerleute und Handwerker, und genießt gewisse Vorrechte. Die siebente Kompagnie ist die Strafkompagnie der „widerspenstigen“ Gefangenen. Die erste Korporalschaft dieser Strafkompagnie ist für Gewerkschaftler, sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre eingerichtet, und die zweite Korporalschaft für Juden.

Die Arrestzellen sind aus festem Material gebaut, jede hat ein vergittertes Fenster (das verdunkelt werden kann), sie sind feucht und können nicht geheizt werden. Eine der Zellen ist völlig finster.

Im September wurden einundzwanzig neue Zellen von den Gefangenen gebaut. In die Wände sind — von den Gefangenen selbst geschmiedet — Ketten mit Handfesseln eingelassen.

Die Schlafstätten darin bestehen aus bloßen Holzplanken, ohne jede Unterlage. Der Ge-

fangene, der zu Arrest verurteilt ist, bekommt am ersten Tage gar nichts zu essen, dann drei Tage lang nur Wasser und Brot, und dann erst an jedem vierten Tage eine warme Mahlzeit. Wer zu Mittelarrest verurteilt ist — einer etwas milderer Form der Strafe —, darf einen Strohsack zum Schlafen mit in die Zelle nehmen, die in diesem Falle auch nicht verdunkelt wird. Es hat Fälle gegeben, in denen Gefangene nicht weniger als drei Monate in diesen Arrestzellen verbracht haben!

Neben dem Arrest gibt es die Prügelstrafe. Sie besteht in der Züchtigung mit einem Ochsenziemer, der stahldurchflochtene Riemen von drei bis vier Millimeter Stärke hat. Auch diese Ochsenziemer sind die Gefangenen gezwungen worden, selbst anzufertigen! Die Hiebe — ihre Zahl schwankt zwischen hundert und zwanzig und hundertsechzig, je nach der Anordnung — werden von einem SS-Mann ausgeübt.

Zwei andere SS-Leute halten den Gefangenen nieder, einer bei den Händen und einer am Kopfe, um den ein Tuch gewickelt ist, so daß die Schreie des Gefolterten erstickt werden. Sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre werden gewöhnlich gleich bei ihrer Einlieferung ins Lager geschlagen, auch ohne daß sie sich irgend eines Verstoßes schuldig gemacht hätten. Zur Prügelstrafe wurden Gefangene aus den geringfügigsten Anlässen verurteilt, z. B. wenn einer den kommunistischen Ruf „Rot Front“ gebraucht hatte. Am 18. August wurden auf diese Weise fünf und zwanzig neu eingelieferte Gefangene auf den nackten Körper geschlagen, sie erhielten 25 bis 75 Schläge aus keinem ersichtlichen Grunde, während sich die SA-Posten derweil mit Radiomusik vergnügten.

Außer den gewöhnlichen Disziplinarstrafen gibt es noch besondere Arten von Mißhandlungen.

Blut und Boden

Sie brachten Lubbe dreifach zum Schwelgen: erst töteten sie den Geist und das Wort, dann zwangen sie ihn, sich dem Richtbeil zu neigen, dann schleppten sie hastig den Leichnam fort —

Der vergiftete Körper des Toten wußte, warum der Lebende schweigen mußte. Doch unter der braunen Scholle verborgen — so meinen sie — liegt das Geheimnis gut, nie wieder — so scheucht jeder Mörder die Sorgen — erhebt sich zum Lichte, was drunten ruht. Seit die Hitler und Göring das Land beflecken, hat deutsche Erde viel Blut zu decken. Doch einst furcht eiserner Pflug den Boden und kräftige Fäuste gehen daran, Geheimnis und Blutschuld auszuroden, daß endlich die Wahrheit zutage kann. Auch van der Lubbes Grab wird zerbrechen — und dann wird der Schweigsame dennoch sprechen.

Hugin.

Heldisch, die große Mode!

Von Agnes Abel.

In Deutschland grassiert gegenwärtig eine Seuche: das Pathos! Es greift um sich und fordert immer neue Opfer. Nicht jenes Pathos, das aus dem großen Gefühl oder Gedanken aufglüht und neue Kräfte entfacht, sondern

jenes andre, das Denken und Fühlen durch Phrase und Geste ersetzt. Der sogenannte „heroische Stil“, der sich anfangs nur in Theater, Roman und Rundfunk breit machte, greift nachgerade auf Milch- und Eierinserte, auf Wurst- und Schuhputzreklame über. Es wird zur „hehren Pflicht“ des „Deutschgesinnten“, dies oder jenes heimische Erzeugnis zu konsumieren; wer die deutsche Landwirtschaft, ihre Produkte verzehrend, unterstützt, trägt eine Dankeschuld an „Blut und Scholle“ ab. Die Hirne werden so hoffnungslos mit dem neuen Gift verkleistert, daß alle gesunden Maßstäbe schnell und sicher zum Teufel gehen. Schon werden viele halbwegs normale Nazedonier von unstillbarem Brechreiz befallen, schon wagen sich in schöngeistigen Zeitschriften — dem Zensor zum Trotz — manche Warner hervor.

„Ketzerisch und verwerflich“

Im Januarheft der „Literatur“ (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) lesen wir:

„Es kann einem heute begegnen, daß man von einfachen Leuten offenbar unverständene weltanschauliche Brocken zu hören bekommt, deren Herkunft aus einem „populären“ Radiovortrag unverkennbar ist. Das sind Zeichen der Auflösung, die bedenklich stimmen. Jenseits der politischen Willensbindung durch den Staat, die der Funk natürlich zu übernehmen hat, ist darum, so ketzerisch das klingt, die Unterhaltung die eigentliche Aufgabe der Programme, und das Verlangen so vieler Hörer: „Mehr Musik — weniger Vorträge!“ ist keineswegs so verwerflich wie man oft geglaubt hat.“

Man sieht — die vorsichtigen Mahner betrachten sich selbst als „Ketzer“ und Teufels-

kerle, weil sie überhaupt sanft zu widersprechen wagen.

24 Stunden heroisch

Wie hoch aber muß die Kurve der Kitzfabrikation gestiegen sein, wenn sogar ein Alfred Rosenberg — den sicher niemand zu den Vernunftmenschen zählt — die Bühnenleiter in einem Interview (Völkischer Beobachter) ansetzt, auch mal weniger gespreizten Autoren das Wort zu gönnen:

„Alles glaubt sich jetzt um jeden Preis auf den „heroischen Stil“ einstellen zu müssen. Aber niemand von unsern Volksgenossen soll und kann 24 Stunden am Tage heroisch durchs Leben gehen.“

In der Tat führt das heldische Gedröhn und Gefasel unaufhaltsam zu Ruin des deutschen Theaters, denn das Publikum — dem immer noch der Ausweg bleibt, sich den Bißsinn auf Stelzen nicht anzuhören — meldet die Stätten literarischen Grauens. Die Theaterdirektoren wiederum sind in einer Klemme: was dürfen sie bringen, was nicht? Wo hört die „Asphaltliteratur“ auf, wo fängt die Volkskunst an? Nicht mal „Nathan der Weise“ darf sich offiziell blicken lassen, er flüchtete auf die jüdische Bühne. Manche Leiter helfen sich, indem sie Kindertheater machen, zu dem sie die Erwachsenen freundlich einladen. Und siehe: die Erwachsenen kommen, kommen in heißen Haufen! Jüngst hat zum Beispiel das Stadttheater in Mainz ein „Seeräuberstück für deutsche Jungens“ von Walter Bat („Pitt kapert den Pirat“) in den Abendspielplan aufgenommen. Trotzdem dieser Reißer, wie die „Literatur“ feststellt, „nur Kolportage ist mit einem Einschluß vaterländischer Moral“, füllten sich zum ersten Mal seit langer Zeit die Kassen, denn — so stellt die „Literatur“ weiter fest, „neuerdings läßt sich eine auffällige Vorliebe für kindliche Darstellungen und kindhafte Stoffe in der Literatur beobachten, die als Hinwendung

zum Naiven und Ueberdruß am Problematischen zu erklären ist.“ — So ihr nicht werdet wie die Kindlein . . .!

Vermottete Nichtskönner

Den Kritikern ist in ihrer Haut genau so unbehaglich zu Mute wie den Theaterleitern. Weiß denn so ein armer Schreiber auf seinem wackligen Stühlchen, in welchem Gerade der Autor irgendeines Schmarrens mit irgend einem Ober- oder Unterführer verwandt ist? Weiß er denn, ob er darf, wie er möchte? Wissen wir denn, ob er möchte, wie er muß? — Zeitschriften, die noch ein offenes Wort gegen die pathetische Seuche riskieren, werden verboten, ehe sie sich versehen. Es sollte uns nicht wundern, wenn die „Tat“ (sie stand früher dem General Schliecher nahe und wagt noch gelegentlich vorsichtige Opposition) demnächst diesem Schicksal verfielen. Sie brachte längst einen Aufsatz von Karl Rauch „Neue Literaturkritik“, in dem es wörtlich heißt:

„Es geht ernstlich nicht an, sich an der Feststellung herumzudrücken, daß die Literaturkritik im sogenannten nationalen Lager nicht erst unterm Weimarer Regime, sondern bereits im Vorkriegsdeutschland elendiglich versagt hat . . . Und wie steht es heute? — Die vermotteten Nichtskönner trumplen mit der wogenden Ernte vieler Jahrzehnte auf, während derer sie, die sich berufen Wähnen, schmählich „im Schatten gestanden“ haben. Es taumeln nicht nur dutzende von Konradin- und Canossa-Dramen über die Bühnen, an deren Gehalt und Niveau gemessen man Wildenbruch zum Aeschylus der Deutschen ernennen möchte. Eine Flut von Romanen ist während der letzten Monate hervorgeprasselt, deren vaterländische Gesinnung ohne allen Zweifel die lauterste ist, was leider nicht ausschließt, daß die Begabung und künstlerische Berufung ihrer Verfasser vielfach gleich Null gesetzt werden

Wahn oder Vernunft? Von Bruno Brandy

In Verfallszeiten wie den unsrigen bedroht die Frage nach dem Weshalb und Wohin, nach dem Zweck und Sinn des Erleidens selbst das Heer der Kämpfenden mit lähmendem Pessimismus, von der inneren Hilflosigkeit der Individuen garricht zu reden. In ihrem neuen Roman „Eine Jüdin erlebt Deutschland“ (Buchhandlung Lanyi, Wien) stellt Lili Körber eine solche Verzweifelnde in die Mitte des Geschehens. Ruth ist eine junge, begabte jüdische Schauspielerin, hat einen Arier geheiratet, das Dritte Reich mit seinem Schmutz, seinen Brutalitäten und seiner mittelalterlichen Barbarei bricht herein, bringt Ruth um ihre Bühnentätigkeit, vergiftet ihre Ehre... Was bleibt noch? Ins Ausland gehen — sie, die wie in einer anderen Sprache würde denken können als in der deutschen? „Die Sprache, die sie tausenden Menschen auf der Bühne nahe gebracht hatte! Die Gestalten aus hunderten Büchern, die Kindheitseindrücke, der Lebensrhythmus. Konnte man sich in der Fremde einleben?“ Hoffnungslos, ohne Beruf, ohne Inhalt müde, angeekelt von der feigen Gemeinheit ringsum, geht sie mit einem Lächeln der Befreiheit in den Tod — eine von vielen, die keinen anderen Ausweg wußten. Wie Feuchtwanger in seinen „Geschwister Oppenheim“, so gibt auch Lili Körber eine knappe, eindringliche Darstellung Hitlerdeutschlands, nicht etwa eine sentimentale Leidensgeschichte des Judentums, sondern eher eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Typen ihres Stammes. Philosophische Worte bleiben im Ohr und man glaubt mit dieser Ruth, daß die Zeit nicht fern ist, da sich das deutsche Volk seiner gegenwärtigen Geschichte schämen wird.

Schärfer, zielbewußter packen die zwei jungen Menschen das Leben an, die Hans Mühlestein zu den Hauptgestalten seines Dramas „Menschen ohne Gott“ (Verlag Oprecht und Hebling, Zürich) macht. Schauplatz ist das Rußland von heute. Russische Jugend im Wirrwarr widerstrebender Empfindungen; hier die Wirklichkeit da, im Nebel der Zukunft, das Ideal; hier das Kollektiv, da der Einzelne mit seiner individuellen Sehnsucht. Die alten Götter wurden gestürzt, die neuen sind vorläufig abstrakte Formeln geblieben. Wann werden sie „lebendiges Leben und beglückende Liebe“ auch für den Einzelnen? Natascha, die rechte Hand Stalins, weiß am Schlusse des Dramas nur eine Antwort: „Vielleicht in fünfzig Jahren!“

Der Dichter Mühlestein ist kein Kommunist, aber seine Sympathien sind beim großen sozialistischen Planen und Wollen. Sein Werk wurde mit dem Dramenpreis der Stadt Bern ausgezeichnet. Es hat starkes dramatisches Blut, rasch fortschreitende, bunte Handlung und plastisch gezeichnete Menschen. Es gibt auf die

Fragen der jüngeren Generation keine fertigen Antworten, aber es lebt von revolutionären Impulsen und zeigt den handelnden Menschen als zeitbedingtes Werkzeug von Kräften, die er mehr ahnt als klar erkennt.

Darin berührt sich Mühlestein mit seinem schweizerischen Landsmann Jakob Bührer. Nur tritt bei dem die Erkenntnis, daß es nicht darauf ankommt, „das Gute im Menschen darzustellen, sondern die Macht, die ihn antreibt“, viel bewußter und geradezu programmatisch auf. Seinem neuesten Werk „Galileo Galilei“ (Verlag Oprecht und Hebling) hat er ein Vorwort vorangestellt, in dem er vom Dichter fordert, die Wurzeln der weltbewegenden Kräfte aufzuspüren, damit die Menschen lernen, die schlecht eingerichtete Welt von heute besser einzurichten.

Diese unaufhaltsame „Macht des Guten“ sucht er in Galilei und seinem Kampfe für das kopernikanische Weltensystem darzustellen. Er zeigt in Galilei den Alltagsmenschen ebenso wie den Geisteshelden, der keinen Konflikt mit der Kirche will, der nur den katholischen Glauben

größer, herrlicher, zeitgemäßer haben möchte, der deshalb mit dem Scheitern bedroht wird, der alles widerruft, aber seiner Sache innerlich umso härtnäckiger treu bleibt und bis an sein Lebensende starr, wie er der großen Wahrheit zum Siege verheilen könnte.

So ist ein Egos in Dialogen entstanden; zum Drama fehlen dem Werke die unerläßlichen Verknotungen und Steigerungen durch das Unerwartete. Die Handlung rollt ab, wie sie jeder Akt vorher erahnen läßt, aber man fühlt in jeder Szene den elektrischen Schlag, der von der Berührung mit den großen Dingen ausgeht. War es richtig, daß der rebellische Astronom widerrief? Ja, antwortet der Dichter, denn wenn der Weise starb, war für seine Wahrheit nichts bewiesen. Die Erde aber bewegt sich doch. Auch der Märtyrertod trat, wie alles Heroische, nur unter bestimmten Umständen Zweck und Sinn.

Es ist charakteristisch und erfreulich für unsere Zeit, daß die jüngere Dichtergeneration nichtfaschistischer Länder solche Stoffe aufgreift, um der Menschheit zuzurufen: Nieder mit dem blinden Glauben! Erkennen sollt ihr, ehe ihr glaubt! Den Horizont eurer Zeit soll euer Glaube haben! Der Vernunft sollt ihr Bahn brechen! Der Wahrheit sollt ihr dienen und nur der Wahrheit!

Aus Teutonien

Mit dem Blitzlicht durch das deutsche Dschungel.

Auf einer Kundgebung der „Deutschen Arbeitsfront“ in Halberstadt erklärte ein Redner: „Nationalsozialist ist einzig und allein der, der den Satz verstanden hat und nach dem Satz handelt, der da lautet: „Wir sind alle miteinander auf Tod und Leben verbunden!“ — Völlig klar ist der, dem das Blut ins Gesicht schießt in dem Augenblick, wo ein Jude es wagt, ihn auf der Straße anzusprechen!“

Und da ihm das Blut ins Gesicht schießt, muß er es bei dem anderen fließen lassen!

In der „Berliner Morgenpost“ — jetzt mit Recht die „Berliner Morgenpost“ zu nennen — wurde unlängst über eine Lebensbeschreibung des berühmten Sudan-Forscher Emin Pascha gesagt, es sei in diesem Buche die Rede „von der Tragik der deutschen Seele, von dem Zwiespalt deutschen Kampfes und von dem künftigen Morgenrot endlichen deutschen Sieges.“

Es ist dem solches schreibenden Hüter deutscher Seelenbelange leider nur das kleine Malheur unterlaufen, daß Emin Pascha bedauerlicherweise der aus Oppeln stammende jüdische Arzt Dr. Isaak Schnitzer — man bedenke: Jude und noch dazu Isaak mit Vornamen! — gewesen ist, der im Orient zum Is-

lam übertrat. O welche nationale Schmach ist über das Haus Ullstein hereingebrochen!

Der „Reichsbauernführer“ hat verfügt, daß nach dem Erbhoheitsgesetz künftig nur noch die Bezeichnung „Bauer“ und „Landwirt“ zulässig sind. Andere Titel seien verboten. Adressen hätten künftig zu lauten: „An den Bauer Herrn...“ oder „An den Landwirt Herrn...“ „Rittergutsbesitzer“, „Gutsbesitzer“ usw. dürfe keiner sich mehr nennen.

Da sagen die Leute noch immer, daß die Nationalsozialisten nicht ihr „Sozial-Programm“ erfüllen! Aber eine becheidene Frage drängt sich den Zeitgenossen auf: Wie hat man künftig an zwei der größten deutschen Grundbesitzer zu schreiben? Soll man adressieren: „An den Bauer Herrn Paul von Hindenburg“ und „An den Bauer Herrn Wilhelm II...“?

Der „Deutsche Herold“, ein Blättchen der braunen Couleur, stellt fest, daß noch heute 29 evangelische Pfarrer jüdischer Abstammung in Deutschland im Amte sind!

Sie haben es — dank hoher Protektion — also entschieden weiter gebracht, als es Jesus heute vermöchte, denn dieser würde nach den neuen deutschen Hochschulbestimmungen in Ermanglung der arischen Großmutter garricht erst zum Theologie-Studium zugelassen werden! Noch dazu, wo er gar keine Protektion hat...

Frau Helena Betwich, Gattin des früheren palästinischen Chefsekretärs der Justiz-

und jetziger Mitarbeiter des Völkerbund-Flüchtlingskommissar Mac Donald, wollte kürzlich im Saargebiet, um dort die Lage der Flüchtlinge zu studieren. Als sie in Saarbrücken eine Zigarette rauchend, an einer Straßenbahn-Haltestelle wartete, rempelte sie ein Nazi-Gentlemen mit den Worten an: „Eine deutsche Frau raucht nicht!“ Frau Betwich verbat sich dies mit dem Hinweis, daß sie Engländerin sei. Außerdem aber werde das Saargebiet noch nicht von Hitler und Göring regiert. Aber der Nazi-Held forcht sich nicht, schlug Frau Betwich und beschimpfte sie.

Es ist uuerhört, mit welchen Grenzüngen die Nazis noch gegen sich selber arbeiten!

Der mit allem erforderlichen braunen Oel gesalbte Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Riesen, sandte der „Kölnischen Zeitung“ folgendes Schreiben: „In der Ausgabe Nummer 677 Ihres Blattes ist ein Artikel „Staatssekretär Suvich in Köln“ erschienen, in dem in bezug auf den Empfang im Rathaus ausgeführt wird: Das Stadtoberhaupt trank auf das Wohl der beiden Staatsmänner Mussolini und Hitler.“ Diese Darstellung steht im krassen Widerspruch zu den Tatsachen. Ich bitte, davon Vormerkung zu nehmen, daß es bei Nationalsozialisten nicht Brauch ist, auf das Wohl unseres Volkskanzlers Adolf Hitler zu trinken. Ich habe am Schluß meiner Rede, der ständigen Übung folgend, ein „Siegheil“ auf die Staatsmänner der beiden Nationen ausgebracht.“

Es ist „bei Nationalsozialisten“ nicht üblich, zu trinken, sondern sich zum Wohle des Führers an dem Bute seiner Gegner zu berauschen! Waldemar Grimm.

Das Wichtigste

In der Eröffnungssitzung des 1. hessischen Juristentages am 6. Januar hielt Oberregierungsrat im Reichsjustizministerium Schraut einen Vortrag über „Blutverbundenes Recht“. Im Bericht der „Frankfurter Zeitung“ heißt es darüber: „Er (Schraut) gründet das Rechtsempfinden auf den blutmäßigen Zusammenhang eines Volkes. Am wichtigsten sei es, daß die Menschen, die an der Rechtspflege teilnehmen, nationalsozialistisches Denken erlernten.“ — Womit sie der Pflicht, irgendetwas anderes zu lernen entoben sind und in den Referendarlagern beruhigt Soldat spielen dürfen.

Neue Veröffentlichungen

Im „Neuen Tagebuch“ Nr. 2 beschäftigt sich Konrad Heiden mit dem besonderen Verhältnis Hitlers zu Ehrenworten.

Die „Neue Weltbühne“ Nr. 2 entlarvt eine massive Propagandakampagne über den Reichstagsbrand aus der „New Yorker Staatszeitung“.

„Die Sehe“

„In dieser Erkenntnis kann der völkische bewegte Akademiker nicht nur verantworten, daß er, unter Beherrschung der ganzen Gegenständlichkeit seiner Wissenschaft, sich innerhalb derselben Einzeltfragen zuwendet, die den gelsigen Bedürfnissen der völkischen Bewegung Rechnung tragen, sondern es wird ihn innigst drängen, völkische Sehe in sein Wissenschaftsgebiet hineinzufragen und die bisher verschlossenen Augen seiner Wissenschaft auch für die Sachbezüge zu öffnen, die von dieser Sehe umrissen werden.“

„Forschungen und Fortschritt“, Nachrichtenblatt der deutschen Wissenschaft und Technik, unter Unterstützung der deutschen wissenschaftlichen Körperschaften herausgegeben, Berlin, Januar 1934.

Kein Bücherverbot? Die Nationalsozialistische Presse muß auf Befehl des Propagandaministeriums der Welt vorzulügen suchen, daß es in Deutschland kein Verbot von Büchern gibt. „Es muß“ — so schreibt sie — „von deutscher Seite noch betont werden, daß erstens ein amtliches Verbot von Büchern überhaupt nicht besteht, und daß die Verbanung der Werke gewisser Autoren, die dem nationalsozialistischen Geiste nicht mehr entsprechen, von dem Volke selbst in einem spontanen Aufstand des Geistes erfolgte.“ — Erstens muß betont werden, daß jeder schwere Strafen zu erwarten hat, der ein amtlich verbotenes Buch verbreiten wollte, zweitens, daß er von den Henkersknechten der Unterdrücker des Geistes obendrein noch dreierlei tot geschlagen werden würde!

Der Mißbrauch der Jugend. Die schulpflichtige Lipper Jugend muß auf Anordnung des lipperischen Landesschulrats vom 10. bis 14. Lebensjahr im Jungvolk und damit also in der HJ sein. Mit Versetzung in die Sexta oder in die 5. Schulklasse wird jeder Schüler ab Ostern 1934 zwangsläufig in das Jungvolk aufgenommen.

muß. Der kleinste Unterhalter wird von gewissen unqualifizierten, aber einflußreichen Tageszeitungskritiken als „geniale Bezaugung“ belobt, was nicht nur dem Gelobten den Kopf verdreht und dilettantischen Dünkel züchtet, sondern jeden Instinkt innerhalb der Leserschaft abtötet und dazu beiträgt, alle Wertbegriffe von Unterhaltungsschriftsteller, guter Durchschnittsleistung und wirklicher Dichtung noch ärger durcheinanderzurütteln.“

Die „einflußreichen Tageszeitungskritiker“ aber haben ihre Beziehungen und sind unantastbar — Karl Rauch und die „Tat“ sind leichter anzutasten. Wir sind gespannt, wie oft wir ähnliche herzerfrischende Aufrichtigkeiten noch zu lesen bekommen.

Großmutter in der Schule

Aus dem Schulaufsatz eines 13jährigen deutschen Jungens druckt die „Zeitung für Deutschland“ (Verlag Teubner, Leipzig-Berlin) folgenden Passus nach — nicht ohne die Themenstellung aufs höchste zu loben —:

„Was ich von meinen Vorfahren weiß“: Am Donnerstag fuhr ich mit dem Rade nach Söllbeck zum Pastor, um meine Vorfahren zu erkunden. Der Pastor war gerade dabei, seine Häckselkiste mit blauer Lackfarbe anzumalen. Als ich ihm dann sagte, was ich wollte, ging er mit mir auf sein Zimmer. Hier holte er die Kirchenbücher vom Ältesten bis zum neuesten aus seinem Schrank. Dann fing er an zu suchen, und schließlich fand er: Friedrich Wilhelm Homburg, geb. am 26. März 1887. Er suchte weiter und fand einen Heinrich Wilhelm Homburg, geb. 15. 3. 1854 und noch einen Heinrich Wilhelm Homburg, geb. am 1. Novem-

ber 1827. Dann fand er noch einen Friedrich Wilhelm Homburg, geboren am 21. Oktober 1786. Dieser war als Dienstknecht aus Oberbeck nach Ehlen gekommen, hatte sich dann mit Sophie Eleonore Bolte aus Liekwegen verheiratet und ein Stück Land gekauft. Hier baute er ein Haus und ist so der Begründer unserer Familie in Wendthagen geworden. Der Pastor sagte nun, daß, wenn ich noch weiter zurückgehen wollte, ich nach Menighuffen — zu dieser Gemeinde gehörte Oberbeck — fahren müßte. Ich überlegte nicht lange und fuhr am nächsten Tage dorthin...

Es geht nun im gleichen Stil weiter, es findet sich ein Heinrich Gottlieb und noch ein Friedrich Wilhelm, noch eine Urhahn und noch eine. Dieser — als Muster angeführte — Aufsatz ist keine Einzelercheinung, im Gegenteil! Die Großmutter ist eines der beliebtesten Aufsatzthemen für Tertianer.

Das bedeutet praktisch: alle Monate fahren ein paar tausend deutsche Dreikäserhoche mit Straßen- und Untergrundbahn von Großstadtteil zu Großstadtteil, mit Rad und Eisenbahn von Landkaff zu Landkaff, um ihre Ur-Urahnen aus dem Grabe zu scheuchen.

Das bedeutet weiter: eine Kinder- und eine Elterntragödie reiht sich an die andre. Da gibt es natürlich Unheilige zu Dutzenden, die plötzlich — im obnehin spannungsgeladenen Entwicklungsalter — fassungslos vor der Tatsache stehen, daß eine väterliche Ahnenreihe für sie nicht existiert, daß sie „keinen Vater haben!“ Da gibt es Jugendliche zu Hunderten und aber Hunderten, die eine Großmutter etwa des Namens Judith Rosenbaum aufstöberten und, da sie in der Schule bereits genügend verborgen wurden, zeitweilig ein Minderwertigkeitsgefühl davontragen. Da gibt es Eltern — Beamte, Staatsangestellte — die bisher einen

„dunklen Punkt“ oder vielmehr einen gelben Fleck in der Familienvergangenheit geschickt verschleiern konnten und nun durch den Schulaufsatz des ahnungslosen Söhnchens, der zwölfjährigen Tochter verraten werden. Ganz ohne Absicht werden ja die Kinder nicht auf die Spur der Großmutter gesetzt!

Die Sünden der Väter des Dritten Reiches rächen sich bis ins dritte und vierte Glied ihrer Untertanen!

Kleine Görings

In Gößelstein in der Fränkischen Schweiz brannten die Gebäude des Gasthausbesitzers Georg Wölfel und des Kaffeehausbesitzers Hans Wölfel ab. Bei den Aufräumarbeiten wurde ein Zetzel gefunden mit den Worten: „Brennen schafft Brot und Arbeit! Wir brennen noch mehr!“

Der „Völkische Beobachter“ schreibt sofort: kommunistische Brandstiftung. Darnach scheinen in der Fränkischen Schweiz kleine Görings am Werke zu sein!

Die Sprache unterliegt Sprachliche Verkürzung

Die Sprache der Gegenwart ist durchgreifend. Der Begriff des totalen Staates zeigt, wie eine in sich vielfach gegliederte und komplizierte Gedankenreihe: der Totalitätsanspruch des Staates —, übergreifend auf die bisher dem Individuum vorbehaltenen Gebiete, durch die politische Atmosphäre eine sprachliche Verkürzung erfährt, die als steno-graphisches Slogel bereits anerkannt worden ist, die Sprache „unterliegt“ der Politik, und diese bestimmt über die Sprache hinweg. Hans Baumann in der „Neuen Rundschau“, Januar 1934.

Revolution der Wirtschaft

Von Dr. Richard Keen

1918 kehrt niemals wieder! — Dem Ende des Kapitalismus entgegen!

Wie ein Alpdruck lastet auf vielen unserer kampfbegeistersten und opferwilligsten Genossen die Furcht, daß die Fehler und Unterlassungen, die 1918 von der deutschen Arbeiterbewegung begangen wurden, sich in der Zukunft noch einmal wiederholen könnten. Aus dieser sehr berechtigten Sorge erklärt sich das starke Bedürfnis nach radikaler Kritik und rücksichtsloser Selbstverständigung. Die rasche und gründliche Herbeiführung der geistigen Neueinstellung ist eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für die Führung des Kampfes, sondern auch für die Vermeidung von Fehlern bei der Ausübung und Behauptung der eroberten Macht. Sie ist aber zugleich das Erzeugnis der wahrhaft grundlegenden Aenderung, die sich in der Arbeiterbewegung infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung vollziehen muß.

Die Ereignisse von 1918 trafen eine Arbeiterschaft, deren radikal-sozialistische Ideologie durch vier Jahre Kriegsführung, die von ihrem größten Teil bejaht worden war, schwer erschüttert war. Die Arbeiterschaft war an die Mitarbeit mit der Staatsführung und den politischen Parteien gewöhnt. Durch den plötzlichen Zusammenbruch des Systems wurde sie vollkommen überrascht. Ganz anders müssen sich die psychologischen Voraussetzungen gestalten nach einem Siege im revolutionären Kampfe und der Niederrückung einer Staatsmacht, die von den Massen als Todfeind angesehen wird. Die rücksichtslose Ausnutzung des Sieges, der sofortige Ausbau der eroberten Stellung und ihre Sicherung gegen alle Gegenangriffe erscheint dann dem Massenbewußtsein selbst als oberstes Gebot.

Nicht minder wichtig ist die Tatsache, daß sich der sozialistische Befreiungskampf unter wesentlich geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollziehen wird. Die Wirtschafterschütterung, die mit dem Weltkrieg beginnt und seitdem sich in kurzweiligen Phasen fortsetzt, deren Ablauf sich ebenso ökonomisch wie politisch bestimmt zeigt, hat auch für

die rein sozialistischen Aufgaben der Neuorganisation in der Wirtschaft ganz andere Bedingungen geschaffen.

1918 erschien das kapitalistische System zwar durch die Verwüstung des Krieges wirtschaftlich in schwere Mitleidenschaft gezogen, der Nationalreichtum verwüstet, die Aufgabe des Wiederaufbaus gigantisch, aber der Kapitalismus als solcher war auch für das Massenbewußtsein noch wenig erschüttert. Nicht grundlegende sozialistische Neuordnung, sondern Sozialreform, Verbesserung der Lebenshaltung war das dringendste Verlangen. Nahrungsmittelzufuhr für das ausgehungerte Volk stand im Vordergrund. Sozialisierung der Banken, der Kohlenbergwerke erschienen als spätere Sorge.

Heute ist der Kapitalismus als System im Massenbewußtsein weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus in einer Weise, die man sich 1918 noch gar nicht vorstellen konnte, erschüttert. Dieses Bewußtsein spiegelt den tatsächlichen objektiven Verlauf wieder. Denn bei den Wirkungen der Krise darf man nicht nur an das Elend der Arbeitslosen, an die Angst der Beschäftigten um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, an die Furcht der Bauern und Mittelständler vor der Pauperisierung denken. Die Wirtschaftskrise hat in ihrem Verlauf gerade die Positionen der bisher mächtigsten und einflußreichsten kapitalistischen Schichten unterhöhlt, sie mit der Deklassierung bedroht.

Dieser Prozeß vollzog sich und vollzieht sich in der ganzen kapitalistischen Welt. In Deutschland ist er am weitesten vorgeschritten. Der Großgrundbesitz bankrott, künstlich aufrecht erhalten, durch wirtschaftlich ungerechtfertigte, nur politisch erklärbare, verlorene Zuschüsse des Staates, die das nationalsozialistische Regime immer noch vermehrt. Nicht nur die Einstellung dieser Zuschüsse, sondern

die sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes

ist heute für das Massenbewußtsein eine selbstverständliche Forderung. Und diese

Forderung der Austilgung des Großgrundbesitzes an Grund und Boden drängt sich um so mehr auf, als ohnedies die deutsche Landwirtschaft im Laufe der Krise zu einem immer mehr staatlich geleiteten Wirtschaftszweig geworden ist.

Die Grundlagen einer organisierten Landwirtschaft sind zu einem wesentlichen Teil geschaffen nicht nur in Deutschland, in dem größten Teil der Welt wird die Agrarwirtschaft weitgehend vom Staate dirigiert. Preise, Absatz, aber auch Produktionsumfang und Anbauart direkt oder indirekt geregelt. Gerade das Gebiet des bäuerlichen Eigentumsfanatismus und Individualismus wird in den dieser Sphäre angemessenen Formen gesellschaftlicher Einflußnahme unterworfen. Es ist keine Frage, daß eine siegreiche Revolution diesen gesellschaftlichen Einfluß steigern, die Loslösung der Agrarwirtschaft aus der kapitalistischen Marktwirtschaft vollenden, sie als wesentliche Grundlage der sozialistischen Bedarfsdeckungs-wirtschaft organisieren wird.

Völlig erschüttert hat die Bankenkrise die Stellung des

privaten Bankkapitals

und wieder nicht nur in Deutschland. In Deutschland selbst wäre heute die vielberufene Sozialisierung der Banken kein Problem, denn der größte Teil des Kreditwesens ist ja verstaatlicht. Nur um die Vervollständigung des noch Fehlenden und um die Benutzung der ungeheuren Wirtschaftsmacht, die die Verfügung über das Kreditsystem bedeutet, zur Lenkung der Wirtschaft kann es sich noch handeln.

Das gleiche gilt für

die Montanindustrie,

Bis zur nationalsozialistischen Herrschaft hatte durch den Besitz von Gelsenkirchen und durch den Anteil an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken das Reich schon die Verfügungsmacht über einen wesentlichen Teil der Schwerindustrie. Hitler hat den Reichsanteil zwar dem Thyssen wieder ausgeliefert. Aber wer zweifelt daran, daß eine der ersten wieder ganz selbstverständlichen Verfügungen der Revolutionsregierung die sofortige Expropriation des Thyssens und seiner Kumpane wäre, die Wiederherstellung des Reichseigentums und seiner notwendigen Vervollständigung.

Was aber entscheidend ist, ist, daß

mit diesem objektiven Prozeß der wirtschaftlichen Erschütterung des Kapitalismus sich zugleich der psychologische seiner völligen Diskreditierung im Bewußtsein der Massen vollzogen hat. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, einst stark und unzerbrechbar wie Drahttaue, sind heute dünne Zwirnsfäden geworden. In einem großen Teil der kapitalistischen Welt — wieder in größtem Umfange in Deutschland — hat der Staat radikal in die Gläubiger- und Schuldnerverhältnisse eingegriffen und hat die Gläubiger zum Teil entschädigungslos expropriert.

Die Enteignung hört auf, etwas Ungewöhnliches zu sein,

das kapitalistische Ausbeutungseigentum erscheint heute — man darf es ohne allzu große Uebertreibung sagen — dem Bewußtsein immer breiterer Massen als vogelfrei und der Staat zu den weitgehendsten Eingriffen berechtigt.

Ein ungeheuer bezeichnendes Beispiel. Präsident Roosevelt unterbreitet dem Kongreß ein merkwürdiges Gesetz, das kaum auf Widerspruch stoßen wird. Es ermächtigt den Präsidenten, das Gold des amerikanischen Notenbanksystems zugunsten des Schatzamts einzuziehen! Es handelt sich um die Kleinigkeit von 3,6 Milliarden Gold-dollar (fast 15 Milliarden Mark Gold), die bisher als Eigentum der Notenbanken galten. Ein Federstrich — sie sind Staatseigentum. Der Grund der Maßnahme — durch die Entwertung des Dollar ergibt sich in Papierdollars ein rein nomineller Buchgewinn, den Roosevelt zur Verringerung des Defizits im Budget irgendwie heranziehen will — interessiert uns hier weniger als die Widerstandslosigkeit, mit der sich der Zugriff auf das kapitalistische Allerheiligste, auf den Goldbesitz, vollzieht! Welche Demütigung des einst so stolzen kapitalistischen Selbstbewußtseins.

An dieser, notwendigerweise sehr summarischen Schilderung ergibt sich aber doch schon die Gewißheit: nicht nur die politisch-subjektive Einstellung der Massen sondern auch die objektiven Grundlagen des kapitalistischen Systems haben sich seit 1914 grundsätzlich geändert. 1918 kehrt nicht wieder, die Geschichte wiederholt sich nicht. Politisch und wirtschaftlich ist die Ära der Kompromisse vorüber, die Revolution prägt der Zeiten den Stempel auf.

Wo bleiben die Millionen?

Die Großkorruption bei der Winterhilfe

Das beste Beispiel für Reaktion, Korruption und Ausbeutung ist die Winterhilfe. In früheren Jahren haben Reich und Gemeinden Hunderte von Millionen für die Winterhilfe respensiert. Alle Bedürftigen hatten einen Rechtsanspruch, niemand brauchte zu betteln. Mit einem Federstrich hat das Dritte Reich diese Leistungen abgeschafft. Winterhilfe ist eine Sache der Bettelei geworden. Nicht Recht, sondern Almosen werden gewährt.

In einer amtlichen Veröffentlichung wurde Ende Dezember mitgeteilt, daß bisher 125 Millionen Mark für die Winterhilfe eingegangen seien, darunter 24 Millionen Mark in bar. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Angabe zu niedrig ist, daß die Bareinnahmen der Winterhilfe nicht 24 Millionen Mark betragen, sondern bis Weihnachten 1933 mindestens die dreifache Höhe erreicht haben.

Die Winterhilfe erhält auf verschiedenen Wegen Bargeld. Die wichtigste Quelle ist die des Abzugs vom Lohn und Gehalt und der Spenden der Unternehmer. Daneben spielen die allgemeinen Sammlungen auf der Straße, in den Häusern, in Läden und Gaststätten eine große Rolle. Besonders ergiebig und regelmäßig fließen die Einnahmen an den Eintopfsonntagen. In den ersten Wochen der Winterhilfe wurden dauernd Nachrichten über sehr erhebliche Spenden an Bargeld veröffentlicht. Inzwischen sind die Nachrichten sehr spärlich geworden, was jedoch nicht verhindern kann, daß man aus den einzelnen Meldungen Rückschlüsse auf die Gesamthöhe der Spenden ziehen kann.

So wurde z. B. in den letzten Tagen mitgeteilt, daß die Bareinnahme der Winterhilfe

in Württemberg 2 Millionen Mark betragen habe. Die Haussammlungen am ersten Eintopfsonntag 1934 betragen in Berlin (ohne die Einnahme aus den Gastwirtschaften) 385.113 Mark, in Frankfurt a. M. 60.500 Mark, in Bielefeld 13.690, in Münster 12.583. Im Durchschnitt ergaben also die Sammlungen mindestens 10 Pfennige pro Kopf der Bevölkerung. Legt man diese Durchschnittszahl zugrunde, so hat jeder Eintopfsonntag 6,5 Millionen Mark erbracht, die drei Sonntage zusammen fast 20 Millionen. Weit größer aber müssen die Eingänge aus den Abzügen von Lohn und Gehalt sein. Sie betragen teilweise 2 Prozent des Lohnes. Selbst wenn man im Durchschnitt nur mit einem Abzug von 0,5 Prozent rechnet, so würde das eine monatliche Einnahme von 10 Millionen Mark ergeben, in drei Monaten also 30 Millionen. Da angeblich die Unternehmer denselben Betrag zur Winterhilfe leisten wie ihre Arbeiter, so kann man mit einer Summe von 60 Millionen rechnen.

Alles in allem müßte sich demnach selbst wenn nur ein kleiner Teil der großspürigen Redensarten der Nazis richtig ist, die Winterhilfe über mehr als 80 Millionen Mark an barem Gelde verfügen.

Um so merkwürdiger ist, daß die Nationalsozialisten nicht nur über das Ergebnis der Sammlung an Bargeld viel zu niedrige Angaben machen, sondern daß sie auch bisher keine einzige Angabe über Verwendung dieser Gelder erstatteten. Sicherlich ist es ihnen sehr peinlich, daß die Korruption bei der Winterhilfe wahre Orgien feiert, daß viele Hunderttausende, die dem Kampf gegen Hunger und Kälte dienen sollen, der per-

sönlichen Bereicherung zufallen. Der entscheidende Grund aber ist ein anderer. SA. und NSDAP. haben immer noch großen Geldmangel. Täglich wächst die Zahl der braunen Bonzen. Die Reichskasse ist leer, sie kann die Gelder nicht liefern. Was liegt näher, als daß man sich an den Geldern der Winterhilfe vergreift? Das der Winterhilfe gespendete Geld, kommt nicht den Hungernden und Frierenden zugute. Es fließt in die Kassen der braunen Organisationen. Daher das tiefe Schweigen über seine Verwendung!

Vom Brot geraubt!

Margarinesteuer füllt die Reichskasse

Eine der ersten Taten der Hitlerregierung war der tiefe Eingriff in die Fettwirtschaft. Um die Erzeugung Deutschlands an Fetten zu fördern und ihre Preise zu heben, wurde die Produktion an Margarine und die Einfuhr ausländischer Fette eingeschränkt. Außerdem wurde eine Fettsteuer eingeführt, die jedes Pfund Margarine mit 25 Pfennige belastet. Die Preise stiegen im Kleinhandel aber um weit mehr als 25 Pfennige, die billigsten Sorten kosten jetzt mehr als doppelt so viel wie früher. Diese brutale Verteuerung eines unentbehrlichen Nahrungsmittels, das nur von armen Leuten gekauft wird, wurde damit gerechtfertigt, daß die Erträge dieser Steuer zur Fettverbilligung für die minderbemittelte Bevölkerung verwendet werden sollen.

Dieses Versprechen ist so wenig gehalten worden wie die meisten anderen.

Aus den amtlichen Zahlen des Dritten Reichs läßt sich das einwandfrei nachweisen. Im Reichsetat für 1933/34 ist der Ertrag der Fettsteuer auf 150 Millionen Mark veranschlagt. Obwohl die Steuer erst seit Juni 1933 besteht, hat sie in den sechs Monaten von Juni bis November bereits 125 Millionen Mark erbracht.

Ihr Ertrag für das ganze Rechnungsjahr wird also nicht 150, sondern etwa 210 Millionen betragen.

Umgekehrt haben sich aber die Ausgaben für die Verbilligung entwickelt. Bis November hat die Reichskasse nur 51 Millionen zur Verbilligung von Margarine für die minderbemittelte Bevölkerung ausgegeben. Am krassensten war das Mißverhältnis im November. Eingenommen wurden aus der Fettsteuer 24,5 Millionen, ausgegeben nur 6,8 Millionen, der Rest von fast 18 Millionen verschwand in der Reichskasse. Da die Reichskasse aus der Fettsteuer insgesamt 210 Millionen einnehmen wird aber im Höchstfall 80 Millionen für die Verbilligung der Margarine ausgibt, so verbleibt ihr ein reiner Ueberschuß von 130 Millionen.

Nichts kennzeichnet die Politik des Dritten Reiches besser als dieser kleine Ausschnitt aus seiner Finanzpolitik. Nie hat ein Staat gewagt, die Margarine, das Nahrungsmittel der Aermsten der Armen zu besteuern, den Preis mehr als zu verdoppeln und den größten Teil dieser Proserhöhung in die Taschen des Fiskus zu stecken.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40, (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—), Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.—), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pl. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. Dollar 0.08 (0.20).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.